

# Fit für die Welt

Die deutschen Hochschulen auf dem Weg  
zum Europäischen Hochschulraum



Eine Veröffentlichung zur europäischen Bildungsminister-Konferenz in London



# Editorial

**Liebe Leserin, lieber Leser,**

in diesen Tagen treffen sich die Bildungsminister der Mitgliedsstaaten im Bologna-Prozess in London. Ihre gemeinsamen Themen: Die Fortschritte im Bologna-Prozess und die zukünftige Gestaltung des Europäischen Hochschulraumes. Diese Konferenz wird mit Spannung erwartet und ist für die Hochschulrektorenkonferenz der Anlass, diese Beilage herauszugeben. Auf den nächsten Seiten wollen wir nachzeichnen, welche Tragweite die Bologna-Reformen für Deutschland und für Europa haben. Und wir möchten eine Plattform bieten, auf der die Bologna-Akteure und Experten aus Hochschulen und Berufswelt sowie aus Wissenschaftsorganisationen ihre Standpunkte darstellen. Dem Bundesministerium für Bildung und Forschung danken wir für die finanzielle Unterstützung.

Hinter uns liegen acht Jahre eines Reformprozesses, der in vielerlei Hinsicht ohne Beispiel ist. Bologna steht für eine umfassende Modernisierung aller Studienangebote und für international verständliche Studienabschlüsse. Es geht um einen Perspektivenwechsel hin zum Lernenden und hin zu den im Studium zu erwerbenden Kompetenzen. Am Ende steht eine bessere Qualität von Lehre und Forschung. Das ist eines der wesentlichen Ziele im Bologna-Prozess.

Die deutschen Hochschulen übernehmen dabei eine immer größere Verantwortung und leisten Enormes. Über 5.660 Studiengänge führen inzwischen zum europaweit vergebenen Bachelor- oder Masterabschluss – das entspricht fast der Hälfte des deutschen Studienangebots. Darauf können wir stolz sein!

Gleichzeitig aber müssen wir uns den anstehenden Herausforderungen stellen. Die gute Zusammenarbeit mit Politik und Wirtschaft ist dafür eine wertvolle Grundlage. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir die Qualität und die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Hochschulsystems international behaupten können. Damit tragen wir gemeinsam zur Attraktivität des gesamten Europäischen Hochschulraumes bei.

*M. Wintermantel*



**Prof. Dr. Margret Wintermantel**  
Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz



# Grußworte



**Dr. Annette Schavan**  
Bundesministerin für Bildung  
und Forschung

Das vereinte Europa ist Wirklichkeit geworden. Besonders deutlich erleben das Studierende und Forscher. Gemeinsam mit seinen europäischen Nachbarn hat sich Deutschland 1999 in Bologna das Ziel gesetzt, bis zum Jahre 2010 einen Europäischen Hochschulraum zu schaffen. Mittlerweile nehmen 45 Staaten daran teil. Der Bologna-Prozess ist die tiefgreifendste Hochschulreform der vergangenen Jahrzehnte. Er hat das Ziel, vergleichbare Abschlüsse zu schaffen, um die Mobilität von Studierenden und Hochschullehrern zu erhöhen, und die Studienbedingungen und Berufschancen junger Akademikerinnen und Akademiker umfassend zu verbessern. Dabei geht es nicht um Gleichmacherei. Vielfalt ist das Stichwort. Wo es, wie etwa bei den verschiedenen Wegen zur Promotion, sinnvoll ist, wollen wir unterschiedliche Wege zulassen.

Gerade im internationalen Streben nach Wissen ist eines in den vergangenen Jahren besonders deutlich geworden: Wir brauchen den Bologna-Prozess, denn nur so können wir die Talente und die Kreativität, die an den europäischen Hochschulen zu finden sind, für alle nutzbar machen.

Vorschläge zur Stufung der Studienangebote kennt Deutschland seit über 20 Jahren. Modularisierung und Leistungspunkte sind auch keine Erfindung des Bologna-Prozesses. Die Qualitätssicherung ist seit mehr als zehn Jahren als Aufgabe der Hochschulen in den Hochschulgesetzen verankert. Aber erst die Einbindung in eine von fast allen europäischen Staaten getragene Bewegung, wie sie seit der Erklärung von Bologna in Gang gekommen ist, hat die Realisierung dieser Konzepte so befördert, dass wir heute von beachtlichen Erfolgen berichten können. Dass viel zu tun bleibt für den Gemeinsamen Europäischen Hochschulraum, ist unbestritten. Die Umstellung der Studiengänge auf die gestufte Struktur braucht weiter Zeit. Viel Überzeugungsarbeit ist noch zu leisten. Bachelor- und Masterstudiengänge ohne Kreditpunkte dürfte es künftig nicht mehr geben. Das Diploma Supplement soll seit 2005 kostenfrei und automatisch ausgestellt werden. Fragen der Mobilität und Anerkennung werden uns auch künftig intensiv beschäftigen. In London können wir jedoch eine durchaus positive Bilanz ziehen und die Schwerpunkte für die nächsten zwei Jahre setzen. Die Idee des Gemeinsamen Europäischen Hochschulraums 2010 mobilisiert die jungen Menschen und leistet einen wichtigen Beitrag für das Zusammenwachsen unseres Kontinents.



**Prof. Dr. Jürgen Zöllner**  
Präsident der Kultusminister-  
konferenz



**Ute Erdsiek-Rave**  
Vize-Präsidentin der  
Kultusministerkonferenz;  
Vertreterin der Länder  
auf der London-Konferenz

Die Verpflichtung gegenüber Europa, den Bologna-Prozess bis 2010 weitgehend zu realisieren, ist eine große Chance für die Hochschulen. Studienstrukturen können an veränderte Anforderungen angepasst und so ausgerichtet werden, dass durch Modularisierung für die Studierenden mehr Flexibilität und Mobilität entstehen. Zur Sicherung und Verbesserung der Qualität werden Studiengänge akkreditiert und evaluiert. Berufs- und Beschäftigungsfelder können verändert, Weiterbildungsangebote entwickelt werden. Durch fach-, fakultäts-, hochschul- und länderübergreifende Vernetzungen bilden die Hochschulen neue Profile.

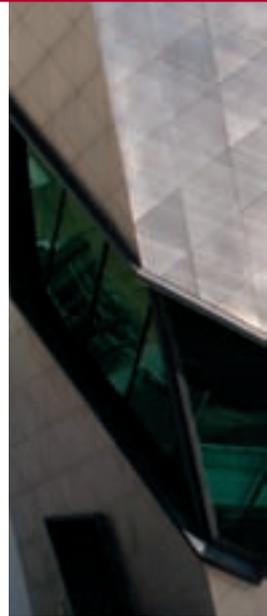
Die Umstellung auf gestufte Studiengänge ist natürlich auch ein enormer, aber notwendiger Kraftakt, denn Hochschulen, Studierende und Arbeitgeber haben mit Recht einen transparenten, strukturell einheitlichen, an Leistungsansprüchen ausgerichteten Europäischen Hochschulraum eingefordert, damit sich die Absolventinnen und Absolventen ebenso wie die Hochschulen im globalen Bildungs- und Arbeitsmarkt behaupten können.

# Inhalt

- 6 Von Bologna nach London:  
Der lange Weg einer guten Idee**  
Eine Bilanz der Bologna-Reformen in Deutschland  
Von Jan-Martin Wiarda
- 8 Offene Blicke auf den Arbeitsmarkt**  
Die London-Konferenz aus deutscher Sicht  
Von Margret Wintermantel
- 9 Forschung für den Doktor in Europa**  
Die London-Konferenz aus europäischer Sicht  
Von Georg Winckler
- 10 Die Tücke der Details**  
Die *Trends*-Studie: Gradmesser der Reformen  
Von Lesley Wilson
- 12 Gute Zeiten für Nest-Flüchtlinge?**  
Das Mobilitätsverhalten deutscher Studenten  
Von Christoph Heine und Peter Müßig-Trapp
- 14 Grenzenlose Mobilität in Europa**  
Die Verwirklichung einer Utopie  
Von Christian Bode
- 15 Studieren im Ausland, punkten an der Heimat-Uni**  
Joint-Degree-Programme liegen im Trend  
Von Hans R. Friedrich
- 16 Ohne Sorgen quer durch Europa**  
Die soziale Dimension im Bologna-Prozess  
Von Achim Meyer auf der Heyde
- 17 Der steinige Weg nach Bologna**  
Die Reformen aus studentischer Sicht  
Von Elke Michauk
- 18 Pendeln zwischen Berlin und Berkeley**  
Ein Blick auf die Hochschulen in Amerika und Europa  
Von Ulrich Schreiterer
- 19 Neugier auf eine europäische Erfindung**  
Der Europäische Hochschulraum im globalen Kontext  
Von Michael Harms
- 20 USA: Vorbild oder Partner?**  
Die Zukunft des transatlantischen Hochschulraums  
Von Sybille Reichert
- 22 Der Aufbruch als Chance**  
Die Zukunft des Bologna-Prozesses  
Von Stephan Bieri
- 24 Europa als weltweiter Maßstab für Qualität**  
Wohin strebt Europa im Post-Bologna-Prozess?  
Von Ján Figel'
- 26 Freie Bewegung für das Wissen**  
Die Freizügigkeit als Chance für den Standort Europa  
Von Birger Hendriks
- 28 Bologna als Treiber der Studienreform**  
Die Rahmenbedingungen für den Bologna-Prozess  
Von Peter Greisler
- 30 Reformieren mit kompetenter Beratung**  
Modellhochschulen als Vorreiter  
Von Birgit Hennecke und Peter A. Zervakis
- 31 Bologna und die Bundesländer**  
Wie sich die Förderalismusreform auf die Hochschulen auswirkt  
Von Wolfgang Löwer
- 32 Freiräume besser nutzen**  
Was sich im Bologna-Prozess noch ändern sollte  
Von Christiane Gaetgens
- 34 Lob der Vielfalt**  
Jedes Land reformiert die Hochschulen auf seine eigene Weise  
Von Johanna Witte
- 36 TÜV für neue Studiengänge**  
Die Akkreditierung auf dem Prüfstand  
Von Peter Findlay und Ton Vroeijenstijn
- 38 Frischer Wind im Heiligum**  
Die Studienreform bei Medizinern und Juristen  
Von Stefan Bienefeld und Patrick A. Neuhaus
- 40 Gute Balance**  
Der Qualifikationsrahmen als neue Maßeinheit  
Von Jan Rathjen
- 42 Spielraum für die Kreativität**  
Nationale Qualifikationsrahmen als Chance für die Hochschulen  
Von Volker Gehmlich
- 44 Transparenz für alle**  
Warum der Qualifikationsrahmen in Sozialer Arbeit gut funktioniert  
Von Ulrich Bartosch, Anita Maile und Christine Speth
- 46 Offene Türen für den Bachelor**  
Die Arbeitgeber stehen hinter der Studienreform  
Von Dieter Hundt
- 47 Der Beruf im Mittelpunkt**  
Wie die neuen Studiengänge auf den Arbeitsmarkt vorbereiten müssen  
Von Andreas Keller
- 48 Stabile Brücke zur Wirtschaft**  
Das Promotionsstudium zwischen Verschulung und Berufspraxis  
Von Horst Hippler
- 49 Bologna-Glossar**
- 50 Autoren**
- 51 Impressum**

# Von Bologna nach London: Der lange Weg einer guten Idee

Die Umstellung auf Bachelor und Master ist ein ehrgeiziges Projekt. Die ersten Erfolge zeigen, dass sich die Mühe lohnt – aber auch, dass an den Hochschulen und in der Politik noch Einiges zu tun ist



Teamarbeit: Ob die Studienreform gelingt, liegt nicht nur an den Hochschulen. Es ist auch eine Frage des politischen Willens

**A**uf den ersten Blick wirkten die Ergebnisse von Bergen wenig spektakulär. Doch die Bürokratensprache, in der die Bologna-Staaten auf ihrer Konferenz in der westnorwegischen Provinz die Agenda für die nächsten zwei Jahre formulierten, täuscht. Die „Umsetzung von Standards und Leitlinien für die Qualitätssicherung“, verbunden mit der Etablierung „nationaler Qualifikationsrahmen“, bedeutet einen Kampf an zwei Fronten.

Beispiel Deutschland: Die Umstrukturierung aller Studiengänge bis 2010 ist schwer genug angesichts nicht weniger reformkritischer Professoren und immer noch ineffizienter Verwaltungsstrukturen. Dabei aber auch noch die Qualität zu steigern und nicht etwa dem Reformtempo zu opfern, das ist ein Unternehmen, das an Ehrgeiz kaum zu überbieten ist. Schaut man sich die Entwicklung seit Bergen an, kann man zumindest für Deutschland sagen: Der Mut hat sich gelohnt.

Die quantitative Seite ist beeindruckend. Nach verhaltenem Start ist der Anteil der gestuften Studiengänge Bachelor und Master am deutschen Studienangebot bis Ende 2006 auf 45 Prozent gestiegen. 2007 werden 50 Prozent erreicht, zwei Drittel liegen im Bereich des Möglichen. Drei Jahre vor dem angepeilten Ziel ist das ein Wert, der weit besser ist, als viele Bergen-Teilnehmer vor zwei Jahren zu hoffen wagten. Gleichzeitig stellt sich jedoch die Qualitätsfrage immer mehr als entscheidende Hürde heraus. Dass manche Professoren den Bachelor für ein Schmalspur-Studium halten, ist nicht tragisch; doch dass daher gerade die Geisteswissenschaftler die Studiengänge mancherorts nur halbherzig reformieren, dürfte fatale Folgen haben. Ein wesentlicher Bestandteil der Reform ist ja die berufsqualifizierende Ausbildung der Bachelor-Absolventen – sie wird unmöglich, wenn sich die Bologna-Gegner gegen



Meilensteine auf dem Weg zum Europäischen Hochschulraum: In London (links) treffen sich die Bildungsminister in diesem Jahr, die Deklaration aus dem norwegischen Bergen (rechts) hat vor zwei Jahren wichtige Weichen gestellt

inhaltliche Veränderungen stemmen und etwa an liebgewordener Theorievermittlung festhalten, die den Rahmen eines sechsemestrigen Studiums sprengt und den nötigen Raum für berufsvorbereitende Inhalte blockiert.

Die daraus resultierende fachliche Enge ist für einen weiteren Missstand verantwortlich, der gerade unter Studenten den Ruf des Bachelors gefährdet: Eigentlich soll die Bologna-Reform Auslandsaufenthalte erleichtern, doch in letzter Zeit klagen viele Studenten darüber, dass die Spezialisierung ihres Studiengangs es ihnen fast unmöglich macht, ohne Zeitverlust ein Semester an einer ausländischen Hochschule zu verbringen.

Keine Frage: Der Bachelor leidet noch immer unter einem Akzeptanzproblem, auch außerhalb der Hochschulen: Während die Großkonzerne sich an medienwirksamen „Bachelor Welcome“-Aktionen beteiligen, zeigen Umfragen im Mittelstand, dass sich die meisten Firmen noch kaum mit der neuen Generation von Absolventen auseinandergesetzt haben.

Die Antwort auf all die skeptischen Fragen gibt wiederum Bergen: Qualitätssicherung. In Nationalen Qualifikationsrahmen ist genau definiert, was Bachelor-, Master- und Promotionsprogram-

me den Studenten vermitteln müssen, um akkreditiert zu werden. In der Theorie ist das Problem also gelöst. Was die Praxis bislang an Statistiken bietet, weist ebenfalls in die richtige Richtung: Viele Studienfächer melden sinkende Abbrecherraten, die Mehrzahl der Bachelor-Studenten scheint das Studium in der Regelstudienzeit zu bewältigen, was in Deutschland ein Novum ist. Und laut Umfragen sind auch die – bislang allerdings nur wenigen – Bachelor-Absolventen, die in den Arbeitsmarkt gestartet sind, zufrieden mit ihrem beruflichen Erfolg.

Dennoch steckt die Akkreditierung in einer Krise. Die schiere Menge der Studiengänge, die derzeit umgestellt werden, erschwert es den Akkreditierungsagen-

turen, die immer gleiche Sorgfalt und Strenge bei der Bewertung walten zu lassen. Eine Lösung könnte die Prozess-Akkreditierung sein, also die Akkreditierung ganzer Fachbereiche oder Hochschulen, die selbst geeignete Qualitätssicherungssysteme aufgebaut haben.

Vor London bleibt somit eine grundsätzlich positive, aber auch nüchterne Bilanz: Die Qualitätsprobleme liegen auf dem Tisch, auch die Lösungen sind bekannt. Worauf es jetzt ankommt, ist der politische Wille, sie gegen Widerstände durchzusetzen. Die rasante Entwicklung der vergangenen Jahre stimmt optimistisch, dass der nötige Mut auch diesmal vorhanden sein wird.

**Jan-Martin Wiarda**

ist Experte für Bildungspolitik bei der Wochenzeitung *Die Zeit*

## Gelungener Start: Die Abbrecherraten sinken, das Studientempo steigt und die Chancen der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt stehen gut



## Offene Blicke auf den Arbeitsmarkt

Die London-Konferenz aus deutscher Sicht: Der enge Dialog mit der Wirtschaft ist wichtig. Die Hoheit über den Lehrplan muss aber bei den Hochschulen bleiben

Der Bologna-Prozess steht und fällt mit der Veränderungsbereitschaft der Hochschulen. Ihr Engagement ist unerlässlich für das Zusammenwachsen der europäischen Bildungseinrichtungen. Die Bildungsminister haben diesen Zusammenhang von Beginn an erkannt. Ein klares Signal der politischen Unterstützung ist wichtig für die Hochschulen – aber die Konferenz in London muss noch mehr leisten.

Die Bologna-Länder haben sich in den vergangenen Jahren sehr auf nationale Themen konzentriert. Das war nötig – aber trotzdem dürfen die internationale Mobilität und die Kompatibilität der Studienprogramme nicht aus dem Blick geraten. Darüber hinaus müssen die Bologna-Staaten einen engeren Kontakt mit den Ländern außerhalb Europas suchen und dort die Anerkennung der Abschlüsse sichern.

Wichtig ist auch eine Einigung über die Promotionsphase. Die Debatte über eine

bessere Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses auch für eine Aufgabe außerhalb der Hochschulen ist richtig. Es ist aber klar, dass die eigenverantwortliche Forschung der Kernpunkt bleiben muss.

Das besondere Profil des Hochschulstudiums – wissenschaftsbasiert und forschungsorientiert – verschafft den Absolventen auch auf der Bachelor- und Masterstufe die Kompetenzen, die spätere Arbeitgeber schätzen. Die Hochschulen erleben es als produktiv, mit den Arbeitgebern über die Qualifikationsprofile der Studiengänge zu sprechen. Das bedeutet aber auch, dass die Wirtschaft mehr Verantwortung übernehmen muss, etwa über Stiftungen oder Stipendien. Diese Dimensionen der Zusammenarbeit sollten die Minister deutlich benennen. Formell endet der Bologna-Prozess im Jahr 2010, aber das Projekt ist damit noch nicht abgeschlossen. Die London-Konferenz muss deshalb Perspektiven für die Zeit danach aufzeigen. Nötig ist eine unabhängige Analyse des Prozesses – aber auch eine Beschäftigung mit den Themen, die bisher noch zu wenig im

Blickfeld standen. Dazu gehört ein Zugang zur Hochschulbildung, der ausschließlich von den Fähigkeiten der Bewerber abhängt. Außerdem muss das Potenzial der gestuften Studienstruktur noch besser genutzt werden, sei es im Masterstudium, sei es bei der Weiterbildung. Und es bedarf der Beseitigung von weiteren Mobilitätshindernissen – etwa bei der Pensionsübertragung, wenn Wissenschaftler in ein anderes Land wechseln. Auch diese Botschaft sollten die Minister in ihre Heimatstaaten mitnehmen: Dass auch andere Politikbereiche am Ausbau des Europäischen Hochschulraums mitarbeiten müssen.

**Prof. Dr. Margret Wintermantel**  
ist Präsidentin der  
Hochschulrektorenkonferenz (HRK)



Bildungsexperten im Gespräch:  
Der Europäische Hochschulraum  
lebt von der Vielfalt

## Forschung für den Doktor in Europa

Die London-Konferenz aus europäischer Sicht: Ein Wissenschafts-Standort braucht attraktive Promotionsangebote. Wie sie in Zukunft aussehen, ist eine Kernfrage an die Politik

An den europäischen Universitäten wird intensiv über Curricula diskutiert. Dies ist etwas Alltägliches. Neu hingegen ist das Thema Doktoratsstudien. Als Folge der Umsetzung der Bologna-Studienarchitektur zeichnet sich derzeit eine Aufwertung des Doktoratsstudiums ab. Die Wurzeln dazu liegen im Jahr 2005: Im Bergen-Communiqué wiesen die europäischen Bildungsminister bereits auf die Bedeutung der Doktoratsstudien hin. Im Mai 2007 werden die Ergebnisse der Diskussionen zu diesem Thema vorliegen. Die Empfehlungen der europäischen Universitäten, durch die European University Association (EUA) vertreten, werden als Eckpunkte der künftigen Doktoratsprogramme in Europa dienen. Die hiesigen Doktoratsstudien müssen weltweit attraktiv sein und mindestens drei Jahre dauern. Wichtig ist die wissenschaftliche Orientierung – „*advancement of knowledge through original*

*research*“ heißt dazu das Stichwort der Universitäten. Das Ziel ist die Vorbereitung sowohl auf eine akademische wie auf eine außeruniversitäre Karriere. Die Doktoranden sollen eng vernetzt in einem Team von Wissenschaftlern zusammenarbeiten. Die Doktoratsstudien sind an gut ausgewiesene Forschungsbereiche der jeweiligen Universität anzubinden. Die Qualität

den Zugang zum Studium und die Internationalisierung der Programme. Das von der EU angestrebte Europa des Wissens braucht starke Universitäten mit attraktiven Promotionsangeboten, in denen die Doktoranden stärker als bislang in die Forschung der Hochschulen eingebunden sind. Die Ideen der Jungen treiben diese Forschung voran. Aufgabe der Universitäten ist es, sie zur Innovati-

**Die Ideen der Jungen treiben die Wissenschaft voran. Im Gegenzug müssen die Universitäten eine Anleitung zur Innovation geben**

eines Programms wird künftig wesentlich daran gemessen, ob sich Absolventen anderer europäischer Universitäten für diese Studienprogramme bewerben. Die gesamtuniversitäre Verantwortung für die Doktoratsstudien muss gestärkt werden – besonders in Hinblick auf deren Struktur und Organisation, auf die Vermittlung von Karriereperspektiven,

on innerhalb und außerhalb der Hochschule anzuleiten.

**Prof. Dr. Georg Winckler**  
ist Präsident der European University Association (EUA)

# Die Tücke der Details

Wie es um die Studienreform bestellt ist, können die Hochschulen am besten selbst einschätzen. In einem gemeinsamen Report ziehen sie jetzt Bilanz – und kommen oft zu einem anderen Ergebnis als die Regierungen

**D**ass sich die europäischen Länder auf einen gemeinsamen Kurs in der Hochschulpolitik einigen würden, hätte noch vor wenigen Jahren niemand geglaubt. Je weiter der Reformprozess voranschreitet, desto mehr stellt sich die Frage, wie es um die konkrete Umsetzung an den Hochschulen bestellt ist – denn um die Situation wirklich zu verbessern, muss man sie zunächst einmal kennen. Einen wichtigen Beitrag dazu leistet der Trends-Report der Europäischen Universitätsvereinigung (EUA). Für die aktuelle Ausgabe wurden fast 1.000 europäische Hochschulen befragt. Das Ergebnis ist ein Blick auf den Bologna-Prozess aus der Perspektive der Hochschulen – und die unterscheidet sich nicht selten von jener der Regierungen.

Die gute Nachricht gleich vorweg: Das Konzept des europäischen Hochschulraums funktioniert. Das meinen immerhin mehr als drei Viertel der befragten Hochschulen. Selbst die skeptische Minderheit hält zumindest die Idee für gut, lediglich die Umsetzung komme zu früh. Doch die Studie Trends V zeigt auch, dass sich der Bologna-Prozess den Aufgaben neu stellen muss. Die Frage lautet künftig weniger, ob, sondern vielmehr wie die Reform umgesetzt wird. Die Grundelemente wie etwa die Bachelor- und Master-Programme und das Europäische Kreditpunktesystem (ECTS) haben die meisten Länder bereits eingeführt. Die Tücke liegt allerdings im Detail. Zum Beispiel in Deutschland: Hier bestehen alte und neue Strukturen nebeneinander, was einen langwierigen Umsetzungsprozess befürchten lässt. Zwar sind schon 45 Prozent der Studienprogramme umgestellt, aber davon profitieren bislang tatsächlich nur 12 Prozent der Studenten.

Andererseits ist man zwar scheinbar weiter, steht aber eigentlich erst ganz am Anfang. Das bezieht sich auf die Diskus-

sion über den Sinn der neuen Programme und ihre Abstimmung: Mehr chirurgisch als bildungsreformerisch erfolgte oft der Schnitt, der ein langes Programm einfach in zwei kürzere teilte. Erst allmählich setzt sich die Erkenntnis durch, dass allein die Anzahl der Jahre keinen Master oder Bachelor macht. Die Berechnung der Kreditpunkte beruht häufig ausschließlich auf Studiensemestern. Die Lernziele, um die es eigentlich gehen muss, werden zwar überall debattiert, von einer europaweiten Einführung ist man aber noch weit entfernt. An den Schwierigkeiten mit dem ECTS-Kreditpunktesystem hat sich wenig geändert: Fast jede zweite Hochschule gibt an, dass „einige Studenten Probleme haben“, und meint damit zumeist die geregelte Anerkennung von ausländischen Studienleistungen.

Bologna bedeutet auch und vor allem, dass die Hochschulen stärker als bisher die Bedürfnisse der Studenten berücksichtigen. Das ist mit guter Absicht allein nicht getan, sondern bedarf flexibler Lernwege sowie effizienter Beratungs- und Betreuungsdienste und Fördermaßnahmen. Die Trends-Studie zeigt deutlich, dass sich Deutschland in diesem Bereich verbessert – aber auch, dass in ganz Europa noch viel zu tun ist.

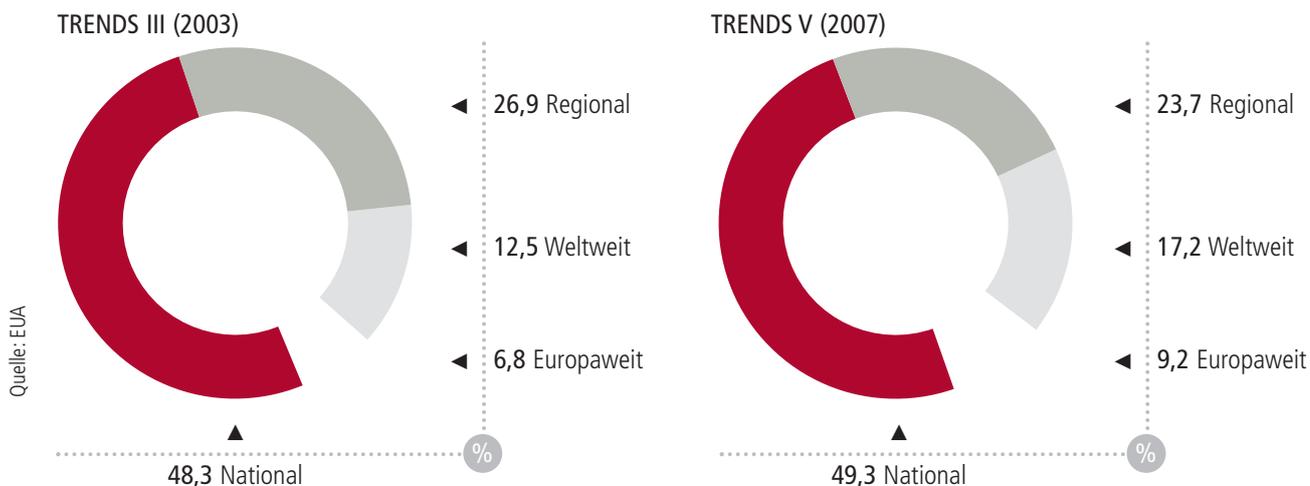
Die politischen Entscheidungen, die jetzt auf dem Bildungsminister-Treffen in London getroffen werden, könnten eine Stärkung der europäischen Dimension bewirken. Bislang stehen in den meisten Ländern, darunter auch in Deutschland, eindeutig regionale und nationale Bezüge für die Hochschulen im Vordergrund. Trends belegt jedoch schon heute einen stetigen Anstieg der europaweiten Zusammenarbeit. Auch ein gestiegenes

**Mobilität ist nicht alles.  
Zu einem guten Studium  
gehören auch Beratung,  
Betreuung und Förderung**



© Michael Wu\*4

## Welche Ausrichtung steht für die Hochschulen im Vordergrund?



Interesse an Regionen außerhalb Europas ist festzustellen, vor allem an Asien und Nordamerika. Um eine symbiotische Beziehung zwischen diesen beiden Entwicklungen zu ermöglichen, müssen die Minister in London darüber beraten, in welchem Maße die internationale Zusammenarbeit ein Aspekt des Europäischen Hochschulraums sein kann.

In der Bologna-Deklaration wird die Anerkennung und Wettbewerbsfähigkeit dieses Hochschulraums eindeutig als eines der Ziele erwähnt. Den Reaktionen nach zu urteilen, sieht das nichteuropäische Ausland vom Mittelmeerraum über Asien und Australien bis hin nach Süd- und Nordamerika dem mit einer gewissen Erwartung entgegen. Nur die Europäer selbst wiegen sich mancherorts in

Zweifeln über das, was sie geleistet haben und was noch zu erreichen ist.

Wenn Trends den Unterschied zwischen reformerischem Anspruch und der Wirklichkeit aufzeigt, dann geschieht das nicht, um die realen Fortschritte in Frage zu stellen. Vielmehr geht es darum, die Erfolgsbedingungen zu unterstreichen. Zum Zieldatum 2010 kann man nicht einfach die Akten schließen. Die Reformbemühungen und vor allem der Austausch müssen fortgesetzt werden. Deshalb wird es die Trends-Berichte der EUA weiterhin geben – auch über das Jahr 2010 hinaus.

**Lesley Wilson**

ist Generalsekretärin der European University Association (EUA)

**Einfache Rechnung:  
Bachelor plus Master  
reicht nicht immer –  
auf die richtigen  
Inhalte kommt es an**



**Sprachlabor für Studenten**  
Flexible Lernwege sollten stärker  
in den Mittelpunkt des Bologna-  
Prozesses rücken

# Gute Zeiten für Nest-Flüchtlinge?

Der Weg über die Grenzen ist für Studenten so einfach wie noch nie.  
Nur: Diese Chance nutzen noch längst nicht alle, wie eine neue Statistik zeigt.  
Vor allem die Bachelors bleiben häufig lieber zu Hause

**F**örderung der Mobilität durch Überwindung der Hindernisse, die der Freizügigkeit in der Praxis im Wege stehen – rund acht Jahre nach der Verabschiedung dieser Kernforderung im Bologna-Abkommen von 1999 kommen die deutschen Hochschulen diesem Ziel zumindest ein wenig näher. Bachelor und Master machen mittlerweile gut 45 Prozent der Studienangebote an deutschen Hochschulen aus. Und: Eine aktuelle Studie des Hochschul-Informationssystems (HIS) im Auftrag der HRK zeigt, dass es in den neuen Studiengängen bereits weniger strukturelle und bürokratische Hindernisse gibt, die in den traditionellen Studiengängen Magister und Diplom häufig noch die Mobilität hemmen.

Vor allem klagen weniger Studenten aus den Bachelor- und Masterstudiengängen über Probleme bei der Anerkennung von Leistungsnachweisen: Während bei den traditionellen Studiengängen 23 Prozent der Befragten nach einem Hochschulwechsel von Schwierigkeiten berichten, sind es bei den Bachelor- und Masterstudenten nur noch 18 Prozent. „Zeitverluste im Studium“ erlitten 43 Prozent der Hochschulwechsler in traditionellen Studiengängen, aber nur 35 Prozent in Bachelor- und Master-Programmen.

Insgesamt entspricht das Mobilitätsverhalten in den neuen Studiengängen allerdings noch nicht dem Niveau bei den Magister- und Diplomprogrammen. Studienbezogene Aufenthalte wie Seminarbesuche an anderen Hochschulen, Summer-Schools oder Praktika absolvieren nur 35 Prozent der Studenten aus den neuen Studiengängen – bei den traditionellen Programmen liegt die Quote bei 47 Prozent. Beim innerdeut-

schen Hochschulwechsel liegen die neuen und die traditionellen Studiengänge dagegen mit jeweils 13 Prozent gleichauf.

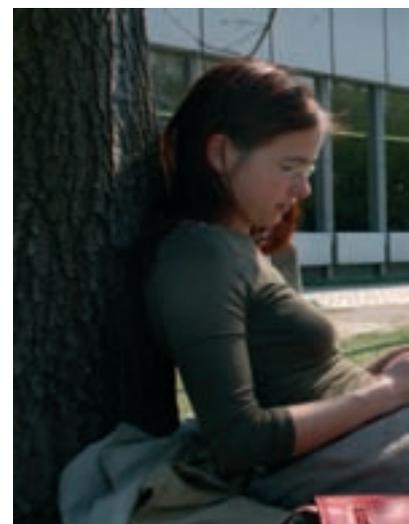
Dabei unterscheiden sich die Ergebnisse für Bachelor- bzw. Master-Programme jedoch stark voneinander. Master-Studenten führen im Vergleich zu ihren Bachelor-Kollegen wesentlich mehr innerdeutsche studienbezogene Aufenthalte durch (63 % vs. 30 %) und haben auch deutlich häufiger bereits die Hochschule innerhalb Deutschlands gewechselt (24 % vs. 10 %).

Zudem liegen die Master-Studenten bei den absolvierten Auslandsaufenthalten vorn (35 % vs. 12 %). Dass die angehenden Bachelors so wenig mobil sind, liegt auch an der neuen Studienstruktur: Da die Programme auf einen kurzen und kompakten Umfang ausgelegt sind, bieten sich hier weniger Möglichkeiten, studienbezogen mobil zu werden. Die höhere Mobilität in Master-Studiengängen dürfte teilweise mit den Praxisphasen zusammenhängen, die häufig in den Curricula vorgeschrieben sind; teilweise auch damit, dass sich mit dem Übergang zum Master ein Hochschulwechsel geradezu anbietet, etwa weil an der bisherigen Hochschule ein individuell passendes Angebot (noch) fehlt.

Für Bachelor-Studenten ergeben sich größere Chancen zur Mobilität offenbar erst beim Wechsel in einen Master-Studiengang – ein Umstand, der für die Mobilitätsentwicklung in Deutschland problematisch sein könnte. Schließlich soll der Bachelor künftig der Regelabschluss sein und direkt in die Berufstätigkeit führen; so haben es die Kultusminister der Länder zumindest vor vier Jahren beschlossen. Dadurch besteht jedoch die Gefahr einer paradoxen Entwicklung: Der gemeinsame Europäische

schulwechsel geradestrich an der bisherigen Hochschule ein individuell passendes Angebot (noch) fehlt. Für Bachelor-Studenten ergeben sich größere Chancen zur Mobilität offenbar erst beim Wechsel in einen Master-Studiengang – ein Umstand, der für die Mobilitätsentwicklung in Deutschland problematisch sein könnte. Schließlich soll der Bachelor künftig der Regelabschluss sein und direkt in die Berufstätigkeit führen; so haben es die Kultusminister der Länder zumindest vor vier Jahren beschlossen. Dadurch besteht jedoch die Gefahr einer paradoxen Entwicklung: Der gemeinsame Europäische

**Mehr Kooperationen  
und bessere Praktika:  
Die Hochschulen müssen  
ihre Studenten stärker ins  
Ausland locken**



Hochschulraum und das für den Bologna-Prozess essentielle Ziel von erhöhter Mobilität könnte gerade durch die Bachelor-Einführung beschädigt werden. Das gilt jedenfalls dann, wenn die meisten Studenten an den Bachelor kein weiteres Studium mehr anschließen (können).

Abhilfe könnten beispielsweise vermehrte obligatorische Praktika oder die verstärkte Kooperation mit fachverwandten Hochschulen schaffen. Eine weitere Möglichkeit sind internationale Pflichtphasen, die in den Studienplan integriert sind. An der Bereitschaft der Bachelor-Studenten jedenfalls mangelt es nicht: 17 Prozent von ihnen planen „(ganz) sicher“ im Inland einen Hochschulwechsel - wahrscheinlich haben sie dabei schon den Master im Visier. Damit liegen sie nicht nur deutlich über dem Durchschnitt (8 %), sondern auch weit vor den Magister- und Diplom-Studenten (6 % und 7 %). Hoch ist auch die Bereitschaft, über die Grenze zu gehen: 40 Prozent der Bachelor-Studenten planen einen Auslandsaufenthalt, in den traditionellen Studiengängen sind es nur 34 Prozent. In Hinblick auf kompatible Studienangebote steht indes noch wichtige Aufbauarbeit an. So ist etwa die Gruppe der Bachelor- und Master-Studenten, die bei ihrem Hochschulwechsel von einem „fehlenden Angebot an kompatiblen Studiengängen“



betroffen war, mit 15 Prozent deutlich größer als bei den traditionellen Studiengängen (10 %). Unklar ist gegenwärtig noch, ob dafür zu stark spezialisierte Studiengänge verantwortlich sind oder ob es schlicht Reibungsverluste sind, die bei dem tiefgreifenden Umbau der deutschen Hochschullandschaft quasi zwangsläufig entstehen. Die Antwort auf diese Frage wird erst eine Wiederholungsstudie geben.

**Dr. Christoph Heine**  
ist Arbeitsbereichsleiter  
Studierendenforschung der HIS GmbH

**Peter Müßig-Trapp**  
ist Arbeitsbereichsleiter Informations-  
systeme und Online-Forschung der  
HIS GmbH

**Raus aus dem Sessel!**  
Nicht nur zu Hause  
lässt es sich gut lernen



**Sonnenplätzchen gesucht?**  
Vor allem Master-Studenten  
wechseln oft an eine andere  
Hochschule - neue Erfahrungen  
sind dabei garantiert

# Grenzenlose Mobilität in Europa

Der Bologna-Prozess hat eine Utopie innerhalb kürzester Zeit zur Wirklichkeit gemacht: Alle Barrieren, die sich über Jahrhunderte zwischen den Nationalstaaten aufgetürmt haben, sind überwunden – und doch bleiben einige Wünsche unerfüllt



Gepackte Koffer: Der problemlose Weg ins Ausland war noch vor zehn Jahren undenkbar

In ganz Europa grenzenlos forschen, lehren und studieren können; einen Abschluss machen, der überall anerkannt wird und beruflich in ganz Europa genutzt werden kann: So lautet das einfache wie ehrgeizige Ziel, das sich die Regierungschefs der EU gesetzt haben. Es soll für den gesamten Bologna-Raum mit seinen 45 Staaten gelten, von Coimbra bis Chabarovsk. Dies alles formuliert sich in ministeriellen Communiqués recht einfach, aber der Teufel steckt im Detail. Nur mit Enthusiasmus, Mut zum Unterschied und gegenseitigem Respekt lassen sich die Barrieren überwinden, die die Nationalstaaten im Laufe jahrhundertelanger Konflikte zwischen sich aufgetürmt haben.

## Ohne Großzügigkeit und Respekt kommt Bologna nicht weiter

Der Bologna-Prozess bietet eine einmalige Chance und hat inzwischen eine nie für möglich gehaltene Dynamik angenommen. Universitäten vernetzen sich und die nationalen Konzepte zur Hochschulpolitik werden aufeinander abgestimmt. Die Fortschritte sind unverkennbar: Harmonisierte Abschlussysteme, anrechenbare Kreditpunkte, bessere Informationen über Studienmöglichkei-

ten und das ständig wachsende Erasmus-Programm, das in einigen Jahren rund 300.000 Studenten pro Jahr über die Grenzen von mehr als 30 Ländern Europas bewegen wird – das alles sind Errungenschaften, die noch vor einem Jahrzehnt utopisch erschienen.

Und doch gibt es auch Probleme und Sorgen, die den Prozess begleiten; ebenso wie weitere Wünsche und Hoffnungen. Die oftmals zu eng gestrickten dreijährigen Bachelor-Studiengänge etwa lassen zu wenig Raum für längere Auslandsaufenthalte. Die Anrechnung von erbrachten Leistungen ist häufig noch kleinherzig bis kleinkariert. Außerdem ist ein Auslandsaufenthalt für viele zu teuer, die nationalen Förderprogramme sind zu klein dimensioniert und die Fremdsprachen-Kompetenz der Teilnehmer ist oft unzureichend. Deshalb sollte die „grenzenlose Mobilität“ auf der nächsten Ministerkonferenz in London wieder dorthin gerückt werden, wo sie am Anfang des Bologna-Prozesses stand: an die Spitze der Agenda.

### Dr. Christian Bode

ist Generalsekretär des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD)

© Javierperez





Gelebte Integration: Ein gemeinsames Curriculum verbindet Studenten aus mehreren Ländern – und verspricht ein gefragtes Zeugnis

## Studieren im Ausland, punkten an der Heimat-Uni

**Rüstzeug für einen schnellen Abschluss: Arbeiten mehrere Hochschulen zusammen, können die Studenten ohne Zeitverlust ins Ausland wechseln**

Joint-Degree-Programme sind Studienangebote, die an mindestens zwei verschiedenen europäischen Hochschulen stattfinden. Sie basieren auf einem gemeinsam entwickelten Studienplan; auch das Abschlusszeugnis stellen die beteiligten Hochschulen zusammen aus, wenn der gesetzliche Rahmen gegeben ist. Ersatzweise gibt es die so genannten Doppel diplome, die aber nicht das Ziel der Idee von „joint programmes“ darstellen.

Das Ziel ist vielmehr ein neuer, europäischer Typ des Abschlusses, den die Hochschulen gemeinsam bescheinigen. Wenn mindestens eine Hochschule aus einem der 27 EU-Staaten beteiligt war, wird der Abschluss automatisch in allen Ländern der Europäischen Union anerkannt. Eine vergleichbare Regelung wird für den gesamten Bologna-Raum mit seinen 45 Mitgliedsstaaten angestrebt.

Joint-Degree-Programme haben eine Reihe von Vorteilen. So erlaubt es der abgestimmte Studienplan, Auslandsaufenthalte an einer oder mehreren Partnerhochschulen zu verbringen, ohne dabei Studienzeit zu verlieren. Man studiert fachlich „wie zu Hause“, kann aber gleichzeitig die sprachliche und kulturelle Erfahrung eines Auslandsaufenthaltes machen. Alles wird gegenseitig anerkannt. Diese Programme sind damit die Chance schlechthin für den Erhalt der Mobilität von Stu-

denten bei kürzeren Studienzuklen. Hinzu kommt, dass ein gemeinsam entwickeltes Curriculum meist ein höheres internationales Niveau hat als ein rein national entwickeltes. Arbeitgeber wissen das zu schätzen.

Grenzüberschreitend konzipierte Programme wirken auch europäisch integrativ. Wegen der höheren Vorbereitungskosten werden nur solche Programme entwickelt, die international Ansehen und Bestand haben. Dahinter stehen meist Hochschullehrer mit besonderem Engagement und Idealismus. Die Studenten erhalten diese gefragten Zutaten kostenlos.

Mit gezielt gestalteten Joint-Degree-Programmen können die Hochschulen ihr Profil prägen. Das geht nicht nur die jeweiligen Fakultäten an, sondern ist auch eine Leitungsaufgabe. Die Vorbereitung solcher Programme sollte deshalb gezielt gefördert werden.

### **Prof. Hans R. Friedrich**

lehrt an der Hochschule Bremen und an der Fachhochschule Osnabrück. Er ist Ministerialdirektor a.D. und war von 1990 bis 2002 Leiter der Hochschulabteilung im Bundesministerium für Bildung und Forschung. Er ist Mitverfasser des Entwurfs der Bologna-Erklärung

# Ohne Sorgen quer durch Europa

Die soziale Situation der Studenten ist in jedem Land anders. Die grenzenlose Mobilität bleibt deshalb für viele ein Traum. Zeit, Bologna vom Kopf auf die Füße zu stellen



Mühe los vorwärts kommen:  
Der Weg an eine neue Uni sollte  
so einfach wie möglich sein

Bis 2010 soll eine schöne Vision Wirklichkeit werden: 45 Länder verschmelzen zu einem Europäischen Hochschulraum mit einheitlichen Bachelor- und Master-Abschlüssen; rund 20 Millionen Studenten läuten eine neue Epoche grenzenloser Mobilität ein, der Hochschulstandort Europa gewinnt weltweit an Attraktivität.

Allerdings ist es leichter geträumt als getan, einen Bachelor in Bonn zu machen, einen Master in Manchester oder umgekehrt. Neugier und Mut allein reichen nicht aus. Studenten brauchen auch ein günstiges Dach über dem Kopf, eine ausreichende Finanzierung, gutes Essen und Beratung. Das gilt in Regensburg genauso wie in Riga.

Big das Abstraktum der „sozialen Dimension“ – gefüllt ist es bislang allerdings nicht. Der Dachverband European Council for Student Affairs hat daher eine klare Aufgabe für die Bologna-Nachfolgekonferenz in London formuliert: das Schlagwort mit Leben zu füllen und Bologna gleichsam vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Die Bildungsminister müssen sich zu einer länderübergreifenden Bestandsaufnahme der Student Services verpflichten, die dann in verbindliche Standards mündet. Sonst bleibt die grenzenlose Mobilität für viele Studenten ein unerreichbarer Traum. Im Vergleich mit Regionen wie etwa Amerika, in denen Student Services auf hohem Niveau

## Neugier und Mut reichen für einen Auslandsaufenthalt nicht aus. Wichtig ist auch ein günstiges Dach über dem Kopf

Im Europäischen Hochschulraum mögen die Abschlüsse einheitlich sein, die soziale Situation der Studenten ist es nicht. In Deutschland und Frankreich etwa sind die Studentenwerke für die so genannten Student Services verantwortlich, also für Beratungs- und Dienstleistungsangebote. Ähnliche Organisationen sind in anderen europäischen Ländern unzureichend und teilweise gar nicht ausgeprägt.

Die europäischen Bildungsminister verwenden in ihren Deklarationen regelmä-

angeboten werden, würde das die Attraktivität des Hochschulstandorts Europa nachhaltig schwächen.

### Achim Meyer auf der Heyde

ist Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks und Präsident des europäischen Studentenwerks-Dachverbands ECStA

# Der steinige Weg nach Bologna

Viele Hindernisse blockieren einen Erfolg der Hochschulreform. So wichtig die Veränderungen auch sind: Studiengebühren, fehlender Praxisbezug und die unsicheren Berufsaussichten der Absolventen überschatten die Vorteile

Das Zieldatum für die Umsetzung des Bologna-Prozesses ist das Jahr 2010. Ein Blick auf die Agenda zeigt jedoch deutlich: Diese Vorgabe, der sich die Bologna-Staaten verpflichtet haben, lässt sich kaum einhalten. Bislang sind zwar schon 48 Prozent der Studiengänge auf Bachelor und Master umgestellt, aber das sagt noch lange nichts über die Qualität der Umstellung aus.

Aus studentischer Sicht gehört mehr als nur die formale Einführung von Bachelor und Master zum Bologna-Prozess. Im Mittelpunkt steht nach wie vor die Forderung nach einer Bestandsaufnahme im Bereich der sozialen Dimension und nach einer Öffnung des Hochschulzugangs. Weiterhin müssen die Anerkennung von erworbenen Leistungen und die Mobilität von Lehrenden, Studenten und Mitarbeitern vorangetrieben werden. Der Grundbaustein auf dem Weg zu diesen Zielen ist die Beteiligung aller Akteure.

Deutschland sieht sich dabei vor einem Berg an Problemen: So sind die neuen Studiengänge laut einer Studie des Hochschul-Informationssystem (HIS) nicht so attraktiv, wie es die Arbeitgeber gern sehen würden. Mögliche Ursachen sind im fehlenden Praxisbezug, in den unsicheren Berufsaussichten, der zunehmenden Verschulung, der nicht eintretenden Erhöhung der Mobilität und in der Einführung von Studiengebühren zu sehen.

Bei der Umsetzung der Vorhaben steht sich Deutschland selbst im Wege: Die zunehmende Verschulung der Studienfächer, verbunden mit Anwesenheitspflicht und höherer Prüfungsbelastung, schränkt die Studenten in ihrer Mobilität ein. Die Gefahr, dass erbrachte Leistungen nicht anerkannt werden, hängt wie ein Damoklesschwert über den Köpfen der Betroffenen. Diese Mängel kann auch das deutsche Akkreditierungssystem, das sich mit seiner bevorstehenden Neuausrichtung hin zur Prozessakkreditierung noch ein entscheidendes Stück weiter vom angestrebten Ziel der Qualitätssicherung sowie der Vergleichbarkeit von Studiengängen entfernt, nicht aus dem Weg räumen.

Die Errichtung des Europäischen Hochschulraums beginnt im eigenen Land und nicht etwa mit der Orientierung am Ausland: Ziele, die hier verfehlt werden, lassen sich auch auf europäischer Ebene nicht erreichen.

**Elke Michauk**

ist Vorstandsmitglied im freien Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs)



## Zäher Fortschritt

Bis der frische Wind in den Hörsälen ankommt, müssen die Hochschulen noch einen Berg an Problemen überwinden

# Pendeln zwischen Berlin und Berkeley

Die akademische Reise von Europa nach Amerika wird dank Bologna einfacher – zumindest theoretisch. Noch allerdings trauen die US-Hochschulen der Entwicklung in der Alten Welt nicht so richtig



Aushängeschild: Die Bibliothek an der Yale University

In den USA beobachtet man den Bologna-Prozess mit einer Mischung aus Neugier, Irritation und Gleichgültigkeit. Neugierig sind alle, die mit der Zulassung ausländischer Studenten zu tun haben. Sie wollen wissen, was der „akademische Euro“ wert ist und wie man Bachelor aus Aachen oder Zagreb einstufen soll, die sich in Atlanta oder Yale um ein Graduiertenstudium bewerben. Irritiert reagiert das Hochschulestablishment, das der globale Wettbewerb um Talente und Patente umtreibt. Bologna, argwöhnt man hier, könnte mehr Studenten nach Europa locken und die Position der USA auf dem internationalen Hochschulmarkt schwächen. Die übrige *higher education community* schweigt dazu. Was in der alten Welt passiert, interessiert im amerikanischen Hoch-

einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt.

Eliteunis rekrutieren weltweit Studenten und Professoren, geben sich allerdings zugeknöpft, wenn es um Studentenaustausch oder feste Beziehungen mit anderen Hochschulen geht. Viele Amerikaner meinen, die europäischen Unis seien überlastet und ausgeblutet. Sie schwärmen lieber von den enormen Potenzialen Indiens und Chinas. Der Bologna-Prozess kann daran nur wenig ändern. Neue Studienformate und das Kreditpunktesystem mögen mehr Vergleichbarkeit bringen, aber weder verkürzen sie den Weg zu einem Studium in den USA noch machen sie den europäischen Hochschulraum für Amerikaner attraktiver. Hier heißt es eben schlicht: Konvergenz ist gut, Konkurrenz ist besser.

## Globale Kompetenz liegt in Amerika voll im Trend. Ins Ausland wollen trotzdem die wenigsten Studenten

schulraum nur wenige. Verbindliche Regeln oder Standards gibt es dort nicht. Jede Hochschule entscheidet nach eigenem Gutdünken über Leistungsanforderungen, die Anerkennung ausländischer Examina und die Zulassung von Studienbewerbern. Zwar ist es hip, von „globaler Kompetenz“ zu schwadronieren und Studenten anzuhalten, wenigstens für kurze Zeit ins Ausland zu gehen. Das Interesse aber bleibt gering: Nur 2,6 Prozent aller *undergraduates* absolvieren

**Dr. Ulrich Schreiterer**

ist Senior Research Scholar und Lecturer in Soziologie an der Yale University in New Haven, USA

# Neugier auf eine europäische Erfindung

Der Bologna-Prozess sorgt international für Furore. Selbst in China und Australien verfolgen Bildungsexperten mit Interesse, was sich an den hiesigen Hochschulen tut. Für den Wettbewerb um die klügsten Köpfe ist das ein gutes Zeichen

Die Bologna-Reformen hatten von jeher mindestens drei Zielrichtungen in ihren räumlichen Auswirkungen: erstens nach innen in die jeweiligen nationalen Hochschulsysteme, zweitens in den Europäischen Hochschulraum hinein, den es mit dem Bologna-Prozess zu erschaffen gilt, und drittens nach draußen in die übrigen Länder der Welt.

Je mehr der Reformprozess an Fahrt gewinnt, desto wichtiger wird die Außenwirkung, die früher als „externe Dimension“ bezeichnet wurde. Noch vor kurzem konnten nur Hochschulexperten und Insider in den USA, in China, Kanada und Australien etwas mit dem Begriff „Bologna-Prozess“ anfangen. In den vergangenen Jahren aber ist das Interesse an den beispiellosen Veränderungen in den Hochschulsystemen des alten und neuen Europa spürbar gewachsen. Deutlich wird dies an vielen internationalen Konferenzen und Publikationen, die sich mit dem Thema beschäftigen – und auch daran, dass andere Länder offizielle Beobachter zu Informationsreisen in den Europäischen Hochschulraum entsenden.

Zu den wichtigsten Zielen des Bologna-Prozesses gehörte von Anfang an die Steigerung der Attraktivität der Hochschulen in Europa. Dieser Vorsatz deutet an, dass es um einen globalen Wettbewerb geht: Europa soll fit gemacht werden, um mit den anderen Ländern der Erde und ihren Hochschulsystemen um die klügsten Köpfe zu konkurrieren, die man für die Herausforderungen der Zukunft braucht. Hier liegt eine Riesenchance für die europäischen Hochschulen – wenn es denn gelingt, den begonnenen Prozess gemeinsam zu einem Erfolg werden zu lassen.

Dafür ist es notwendig, dass sich Europa nicht abschottet, sondern weiter öffnet. Dazu gehört unter anderem eine verbesserte Informationspolitik „nach draußen“, aber auch eine flexiblere Praxis der Anerkennung von Abschlüssen, die außerhalb des Bologna-Raums erworben wurden. Nur wenn mit dem Bologna-Modell überzeugende Standards gesetzt werden, kann auch die globale Dimension des Reformprozesses erfolgreich sein.

## Dr. Michael Harms

leitet die Arbeitsbereiche Internationale Angelegenheiten sowie Lehre und Forschung in Deutschland und Europa bei der Hochschulrektorenkonferenz (HRK)



**Weltweiter Erfolg**  
Selbst in Asien stoßen die  
Bologna-Reformen auf  
Interesse

## USA: Vorbild oder Partner?

Amerika gilt als schärfster Konkurrent für den Europäischen Hochschulraum. Vor allem die Forschungs-Zusammenarbeit bringt aber Schwung ins transatlantische Verhältnis – und verringert den Abstand zwischen den Rivalen

**D**ie Bologna-Reformen stehen seit ihrem Beginn unter einem doppelten Vorzeichen. Einerseits basieren sie auf dem intensiven Austausch und der engen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern, andererseits sind sie geprägt vom Wettbewerb Europas mit dem Rest der Welt. Viele Ziele des Bologna-Prozesses entspringen der jahrzehntelangen Kooperation zwischen europäischen Universitäten, deren Erfolge die Hoffnung auf einen gemeinsamen Hochschulraum entstehen ließen. Zu diesen Zielen gehören die verbesserte Vergleichbarkeit, die Transparenz der Strukturen, die erhöhte Mobilität, die Qualitätssicherung, aber auch beispielsweise die Einführung des europäischen Kreditpunktesystems ECTS.

Gleichzeitig verschreibt sich die Bologna-Deklaration an oberster Stelle der „Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulsystems.“ Gerade die USA wurden in politischen Reden und Strategiepapieren immer wieder als bedrohlicher Gewinner auf dem Markt der mobilen Studenten, der Wissenschaftler und hochqualifizierten Arbeitskräfte beschworen; als ein Wettbewerber, dem es die Stirn zu bieten gilt. Was bleibt also nach Jahren der Reformen für den transatlantischen Universitäts-Austausch zu hoffen und zu befürchten? Wie durchlässig sind die Hochschulräume auf beiden Seiten des Atlantiks inzwischen geworden?

Was die Lehre betrifft, verfügen die USA über eine herausragende Attraktivität für ausländische Studenten. Der globale Marktanteil Amerikas liegt in dieser Hinsicht bei 22 Prozent. Dabei stammen mehr als 56 Prozent der ausländischen Studenten aus Asien; nur 13 Prozent kom-

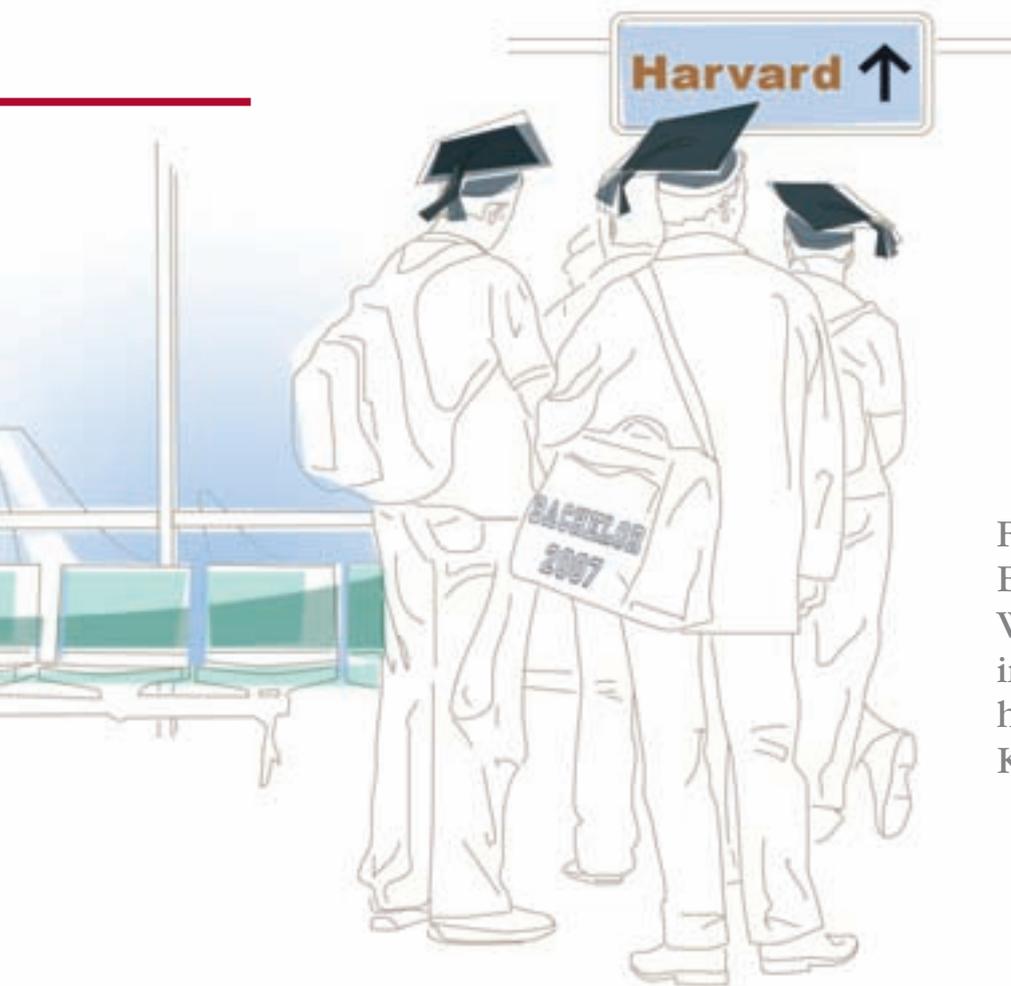
men aus Europa. Die Befürchtung, der dreijährige europäische Bachelor könnte in den USA auf Anerkennungsschwierigkeiten stoßen, bewahrheitet sich nicht; schließlich hatten auch die Engländer in der Vergangenheit keine Probleme mit ihren dreijährigen Bachelor-Titeln. Zudem brauchen die US-Hochschulen europäische Graduates, weil die Zahl der inländischen Bewerber rückläufig ist.

Für amerikanische Studenten ist Europa das beliebteste Ziel, wenngleich sie häufig in hiesigen Programmen ihrer eigenen Hochschulen studieren. Unter den europäischen Ländern gibt es nur wenige Nettoimporteure von ausländischen Studenten – Großbritannien und Deutschland stehen an erster Stelle. Die neuen Studienabschlüsse und die wachsende Anzahl englischsprachiger Programme haben aber bereits an vielen Hochschulen einen deutlichen Anstieg ausgelöst.

Bedenklicher ist der Blick auf die Graduierten aus den EU-Ländern, deren Mobilität sich als Brain Drain entpuppt. Zwischen 1998 und 2001 wollten 57 Prozent der europäischen Graduierten, die ihren Dokortitel in den USA erworben haben, gleich ganz dort bleiben. Auch wenn Amerika in den vergangenen Jahren bei vielen Zielgruppen an Anziehungskraft verloren hat, muss in Europa noch viel passieren, um den hiesigen Doktoren ein Forschungs- oder Berufsumfeld zu bieten, das mit den Möglichkeiten in den USA mithalten kann. Gerade in Deutschland wird zwar intensiv versucht, die wissen-

**Heilsamer Wettbewerb:  
Die guten Bedingungen an  
US-Universitäten dienen  
als Ansporn für die hiesigen  
Hochschulen**





Für Graduierte ist Europa wenig attraktiv. Wer seinen Dokortitel in Amerika gemacht hat, bleibt für die Karriere häufig dort

schaftlichen Laufbahnen attraktiver zu gestalten; dennoch bleibt viel zu tun: Durchlässige nationale Wissenschaftsmärkte, eine stärkere Leistungsbelohnung, bessere Bedingungen für unternehmerische Initiativen der Akademiker und eine enge Kooperation zwischen Industrie und Wissenschaftlern gehören zu den Forderungen. In dieser Hinsicht wirken die USA doch noch eher als Vorbild denn als Austauschpartner.

Einen transatlantischen Hochschulraum gibt es aber durchaus – in einem ganz anderen Bereich und noch lange nicht ausgewogen: Er entsteht im Rahmen der Forschungszusammenarbeit, die immer enger wird, und beim konvergierenden Publikationsverhalten der Wissenschaftler. Seit 1997 überflügelt die EU die Vereinigten Staaten hinsichtlich der Anzahl an Publikationen und nähert sich stetig dem amerikanischen Anteil an Zitationen, der als Indikator wissenschaftlicher Wirkung gilt. Mehr noch: Die Zahl der internationalen Publikationen steigt, in denen Wissenschaftler aus verschiedenen Ländern zusammengearbeitet haben. In ihrer wachsenden Verschränktheit orientieren sich die Wissenschaftssysteme zunehmend an gemeinsamen Erfolgskriterien und den selben global anerkannten Zeitschriften.

Ob nun brain drainer, Vorbild oder Partner – ein transatlantischer Hochschulraum gedeiht immer noch in Konkurrenz am besten. Zu hoffen bleibt vor allem, dass

### Amerikanische Unis brauchen europäische Graduates, weil die Zahl der inländischen Bewerber sinkt

der europäische Erneuerungswille weit über Bologna hinauswächst, und dass sich neben dem Willen zur Zusammenarbeit auch die Lust am Wettbewerb verstärkt. Erst dann könnte ein transatlantischer Hochschulraum entstehen, in dem die Gewinnchancen etwas ausgewogener auf beiden Seiten winken.

**Dr. Sybille Reichert**

hat sich auf die Politik- und Strategieberatung von Hochschulen spezialisiert. Ihr Unternehmen sitzt in Zürich



© f/stop\*1

# Der Aufbruch als Chance

Die neue Ausrichtung der Studiengänge kann wichtige Reformen fördern – vorausgesetzt, die Hochschulen bringen den Mut dazu auf, liebgelebte Forschungsgebiete zu hinterfragen

**H**ochschulen sind im Strukturwandel sowohl treibende als auch getriebene Akteure. Sie vermitteln nicht nur Wissen, sondern erhalten selbst laufend neue Impulse für ihre Ausrichtung durch vielfältige Rückkoppelungen in Lehre, Forschung und Dienstleistung. Zu ihrer Erneuerung müssen Universitäten wie Fachhochschulen eine Reihe von Hindernissen überwinden. Da ist einerseits die notwendige Anpassung überkommener Studiengänge, liebgelebter Forschungsgebiete und einträglicher Dienstleistungen. Und da sind andererseits die in rascher Folge zu verarbeitenden neuen Erkenntnisse an der vorgelagerten Wissenschaftsfront. Keine Disziplin kann mehr von längerfristig stabilen, gesicherten Grundlagen ausgehen. Der Bologna-Prozess ist eine großartige Chance, die Dinge organisatorisch und wissenschaftlich neu zu ordnen. Die Normierung der Gefäße, die Modularisierung des Unterrichts und die Einführung eines Systems von Kreditpunkten stellen erst einen formalen Anfang dar, den alle Schweizer Hochschulen eingeleitet und teilweise auch schon abgeschlossen haben. Koordination ist aber kein Ziel an sich. Ohne qualitative Reform, ohne inhaltliche Neugestaltung ergibt der Bologna-Prozess keinen Sinn. Portfolioanpassung und Profilierung sind

nur zwei Seiten der gleichen Münze. Nicht alle müssen den gleichen Megatrends folgen, aber es gibt Tendenzen, die besondere Beachtung verdienen. Dazu gehören die so genannten Computational Sciences. Dabei geht es um die

**Die wissenschaftlichen Disziplinen entwickeln sich rasant weiter. Deshalb müssen auch die Studiengänge modernisiert werden. Der Bologna-Prozess gibt dafür einen guten Anstoß**

Durchdringung der Disziplinen durch eine neue Form der Computerunterstützung, wie sie sich zur Zeit besonders im High Performance Computing vollzieht. Ein neues Gleichgewicht zwischen Theoriebildung und empirischer Forschung, zwischen Arbeit im Labor und Simulation ist zu finden.

Die Profilierung läuft bei den Universitäten eindeutig über den Ausbau der Graduiertenstufe, die prinzipiell ein Dach für Master- und Doktoratsausbildungen zu bieten hat. Das Doktorat als eigentliches Innovationsprofil bedarf besonderer Pflege. Hier zählen Interdisziplinarität und Projektarbeit ebenso wie die fachliche Vertiefung. Hohe Bedeutung kommt den Brückenfächern zu.

Ob an den Universitäten der Master wirklich der Regelabschluss bleibt, muss sich zeigen. Die Arbeitgeber werden rasch ergründen, in welchen Fächern die Bachelorabsolventen tatsächlich reif sind für die Praxis. Außerdem sollten künftig immer mehr gute Bachelors direkt ins Doktoratsstudium geleitet werden.



© Caro/Bastian

Auf ins Berufsleben: Der Uni-Abschluss soll Studenten auf die Berufstätigkeit vorbereiten – egal, ob sie den Bachelor- oder den Mastertitel anstreben

Die Fachhochschulen müssen diese Entwicklungen aufmerksam verfolgen und versuchen, unverwechselbare Akzente zu setzen. Die Bachelorabschlüsse sollen nicht nur die Berufsbefähigung sicherstellen, sondern auch eine faire Chance für ein zeitversetztes Weiterstudium bieten. Die in der Schweiz derzeit laufende Einführung von Architektur-Masterstudiengängen an Fachhochschulen zeigt deutlich, dass nicht eine Kopie der universitären Vorbilder, sondern eine Schärfung des eigenen Profils nötig ist. Gelingt dies nicht, wird möglicherweise die Qualität der gesamten Ausbildung in Frage gestellt.

Die Fachhochschulen müssen sich auf der Master-Ebene doppelt anstrengen. Es geht einerseits um das Herausbilden international attraktiver Fachspezialitäten und spezifischer berufsbezogener Fertigkeiten. Andererseits müssen sie methodische und wissenschaftliche

Nischen pflegen, die mit eigener Forschung und Entwicklung sowie mit Kooperationen unterlegt werden.

Im Wettbewerb aller Hochschulen wird sich zeigen, wo und in welcher Form sich Masterstudiengänge durchsetzen. Es besteht eine latente Segmentierungs- und Isolationsgefahr, falls die Hochschultypen nicht enger kooperieren. Abzustimmen ist dabei auch, wo auf der Bachelorstufe ein Abbau der Spezialisierung nötig ist und welche Masterstudiengänge eher in ein Weiterbildungsangebot passen. Diese Optimierungsaufgabe besitzt gerade in Deutschland hohe Bedeutung.

#### **Dr. Stephan Bieri**

ist Präsident der Eidgenössischen Fachhochschulkommission in Bern, Mitglied des Deutschen Akkreditierungsrates und Vorsitzender des Kuratoriums Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung

**Die Schweiz als Beispiel**  
Mit einem klaren Profil können sich Universitäten und Fachhochschulen voneinander abgrenzen – und beide davon profitieren



© Caro/Kaiser

Gute Aussichten in der Schweiz: Die Bibliothek des Rechtswissenschaftlichen Instituts der Universität Zürich



## Europa als weltweiter Maßstab für Qualität

Der Europäische Hochschulraum ist längst keine Vision mehr, schreibt der EU-Bildungskommissar Ján Figel'. Außerdem: Wo die Europäer schon Spitze sind – und wo sie sich noch verbessern müssen

**D**as Jahr 2010 ist nicht nur der Zielpunkt des Bologna-Prozesses, sondern auch der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Aus meiner Sicht gehören beide Entwicklungen zusammen. Dank „Lissabon“ besteht bereits heute in allen Mitgliedsstaaten Konsens über die Schlüsselrolle von Bildung und Ausbildung für eine erfolgreiche Zukunft der EU.

Im kommenden Jahrzehnt werden wir deshalb eine neue Art der Partnerschaft zwischen Regierungen und ihren Hochschulen sehen. Statt von oben Mikromanagement der Hochschulen zu betreiben, werden die Regierungen sich auf politische Leitlinien und Zielvorgaben beschränken.

Die Hochschulen ihrerseits werden die neuen Freiheiten verantwortlich nutzen und sich stärker für die Anforderungen der Gesellschaft öffnen, etwa im Bereich der Weiterbildung. Die Qualifikationsrahmen, die derzeit entwickelt werden, helfen ihnen dabei. Strategische Partnerschaften mit der Industrie werden zur Regel.

Die Finanzierung der Hochschulen wird sich verbessern, wenn die Mitgliedsstaaten der Empfehlung der EU-Kommission von 2006 folgen und die Investitionen in den Hochschulsektor bis 2016 auf mindestens zwei Prozent des Brutto-Inlandsproduktes anheben. Der größere Teil dieser Anhebung wird aus privaten Quellen wie Unternehmen und Stiftungen stammen, aber auch Studiengebühren, gekoppelt mit Stipendien und Darlehen, sollten wir als Option nicht ausschließen.

Immer mehr Studierende werden einen Teil ihrer Studienzeite im Ausland verbringen.



**Exzellenz durch  
Zusammenarbeit**  
Die Qualität einer  
Hochschule bemisst  
sich künftig daran, wie  
gut sie die eigenen  
Anforderungen erfüllt



Fotos: © Leuphana Universität Lüneburg

Modernisierung mit Hilfe der EU - auch das gehört zum Bologna-Prozess

Dank ECTS und zahlreicher Partnerschaftsabkommen wird es keine nennenswerten Anerkennungsprobleme mehr geben. Auch die Mobilität von Hochschullehrern und Forschern wird stark zunehmen, da bestehende Probleme, etwa hinsichtlich der Übertragbarkeit von Pensionsansprüchen, in den kommenden Jahren gelöst werden.

Der Europäische Hochschulraum wird sich durch eine starke Diversifizierung von Hochschultypen auszeichnen, und Exzellenz wird sich danach bemessen, wie gut eine Hochschule ihre selbst definierte Mission erfüllt. Ein Beispiel für Exzellenz durch Zusammenarbeit wird das Europäische Technologie-Institut sein, welches in einigen Jahren seine Geburtswehen überstanden und seinen Platz in der europäischen Hochschul- und Forschungslandschaft gefunden haben wird.

Last but not least werden wir in den kommenden Jahren das Ziel erreichen, europäische Bildung und Forschung zu einem weltweiten Qualitätsmaßstab zu

machen. Dank neuer Anerkennungsabkommen und Programme wie Erasmus Mundus wird es für begabte junge Menschen aus aller Welt zu einem normalen Teil ihrer Bildungsbiographie werden, zumindest einen Teil ihres Studiums oder ihrer Forschungsarbeit in Europa zu absolvieren.

Ich mache mir keine Illusionen darüber, dass uns allen noch viel Arbeit bevorsteht, bevor dieses Szenario Wirklichkeit wird, aber ich bin optimistisch. Die Europäische Kommission wird die Mitgliedsstaaten und ihre Hochschulen auch wei-

terhin bei ihren Modernisierungsvorhaben unterstützen, etwa durch das neue Programm für Lebenslanges Lernen oder die Rahmenprogramme für Forschung und Entwicklung, aber auch durch die Förderung des Dialogs zwischen allen Beteiligten.

**Ján Figel'**

ist EU-Kommissar für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Kultur

**Nennenswerte Anerkennungsprobleme wird es dank ECTS und zahlreicher Partnerschaftsabkommen nicht mehr geben**

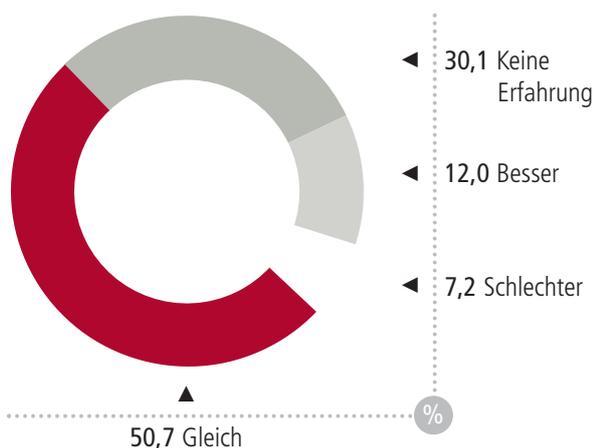
## Freie Bewegung für das Wissen

Was für Unternehmen in Europa schon lange gilt, soll jetzt auch für Akademiker zum Standard werden. Die Freizügigkeit von Hochschule zu Hochschule wird für Europa zu einem gewichtigen Wettbewerbsvorteil

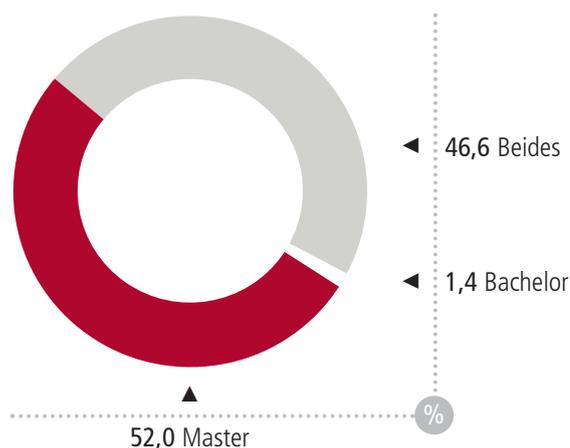


**D**er Bologna-Prozess ist das wissenschaftliche Pendant zur wirtschaftlich geprägten Europäischen Union: Auch bei der Ausbildung an den Hochschulen brauchen wir mehr internationale Orientierung, Mobilität und Zusammenarbeit. Die Studenten sollen ohne Zeitverlust einige Semester an ausländischen Hochschulen verbringen können, um persönliche Erfahrungen zu sammeln und die Chancen auf den europäischen Arbeitsmärkten zu erhöhen. Der auf diese Art qualifizierte Nachwuchs stärkt auch die Wettbewerbsposition Europas. Um diese Ziele zu erreichen, soll nach dem Willen der europäischen Bildungsminister bis 2010 ein gemeinsamer Hochschulraum geschaffen werden. 45 europäische Staaten beteiligen sich derzeit daran, und auf der London-Konferenz wird über weitere Bewerber zu entscheiden sein. Eine solche europäische Dimension hat es im Bildungsbereich nie zuvor gegeben. Für Unternehmen ist es schon länger selbstverständlich, sich in der EU frei zu bewegen. Das soll für Studenten und Wissenschaftler ebenso gelten. Dafür gibt es gemeinsame Standards und Grundsätze, die jedes Mitgliedsland erfüllen muss. Die europäische Vielfalt der wissenschaftlichen Ausbildung und der Hochschulstrukturen verliert dadurch nicht an Profil und Gewicht.

### Wie Personalmanager den Master-Titel gegenüber dem Diplom bewerten



### Welchen Abschluss die Personalverantwortlichen bevorzugen



Quelle: Access/Universum



Fotos: © CarolOberhaeuser

Vom Seminarraum bis zum Studienabschluss ist es ein weiter Weg. Gut, wenn die Mühen dann international anerkannt werden

Insbesondere mit den Empfehlungen für eine international verständliche Abschluss-Struktur mit Bachelor und Master und mit der Qualitätssicherung schafft der Bologna-Prozess einheitliche Maßstäbe für alle Mitgliedsstaaten. Adäquate Studienabschnitte und Abschlüsse sollen in jedem europäischen Land anerkannt werden. Der Prozess verlangt, dass auch auf eine Output-Orientierung geachtet wird: Es kommt darauf an, dass die Studenten bestimmte Qualifikationen und Kompetenzen erwerben. Diese Standards und Grundsätze des Bologna-Prozesses bilden ein umfangreiches Paket. Auf ihrer Konferenz in London entscheiden die Bildungsminister jetzt über ein weiteres Element: die Realisierung eines europäischen Registers für Qualitätssicherungs-Agenturen, das zu mehr Transparenz in diesem Bereich beitragen soll.

In Deutschland geben Politik, Hochschulen und Wirtschaft die Rahmenbedingungen vor, unter denen die Ziele des Bologna-Prozesses zu erreichen sind. Die Bundesländer sorgen für gemeinsame Standards, die tatsächliche Umstellung der Studiengänge auf die neuen Abschlüsse ist Sache der Hochschulen. Die Änderung der Studienanforderungen für die staatlich geregelten Fächer Medizin, Pharmazie und Rechtswissenschaft lässt zwar noch auf sich warten, doch ist auch hier die Umstellung nur eine Frage der Zeit. Bei der Qualitätssicherung gibt es in Deutschland inzwischen eingespielte Strukturen. Die Länder haben einen

Akkreditierungsrat eingerichtet, der die Verlässlichkeit der Agenturen für Qualitätssicherung überprüft. Bund und Länder arbeiten an einem deutschen Qualifikationsrahmen, der die Abschlüsse aus den Bereichen der Schule, der beruflichen Bildung und der Hochschulen international vergleichbar machen soll – ein komplexes Unterfangen, das Zeit braucht. Die Hochschulen bewältigen die Umstellung der Studiengänge auf die neuen Strukturen mit Bravour, auch dank der Unterstützung der Hochschulrektorenkonferenz. Zum Teil allerdings fällt sie ihnen auch schwer. Für manche der Beteiligten ist es offenbar nicht ganz einfach, sich von althergebrachten Denkstrukturen zu lösen. Dabei bieten die zweistufigen Bachelor- und Master-Studiengänge mehr Flexibilität als das einstufige Diplom: in der Kombination verschiedener Diszipli-

Die Wirtschaftswoche zitiert dazu eine Umfrage, nach der 60 Prozent der Unternehmen in Deutschland den Bachelor für mindestens so gut halten wie das Diplom. Für jeden zweiten Personalchef ist der Master der bevorzugte Titel, aber fast 50 Prozent sehen auch im Bachelor einen sinnvollen Abschluss. Die Akzeptanz der neuen akademischen Grade steigt also ebenso deutlich wie schnell. Die Umsetzung des Bologna-Prozesses führt zu einer attraktiveren Hochschullandschaft, und sie muss in Deutschland zügig weitergehen. Die Konkurrenz im Ausland schläft nicht.

#### Dr. Birger Hendriks

ist Bologna-Beauftragter der Länder und Leiter der Abteilung Wissenschaft im Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr in Schleswig-Holstein

## Die Akzeptanz der neuen Abschlüsse wächst beständig. Immer mehr Chefs bauen auf Bachelor und Master

nen etwa, mit der Möglichkeit einer Berufstätigkeit nach dem Bachelor und mit dem erleichterten Übergang von der Fachhochschule zur Universität. Kritiker wenden ein, der Bachelor führe zu einem niedrigeren Niveau der gesamten akademischen Ausbildung und für die Absolventen gebe es ohnehin keine Stellen. Diese Vorbehalte sind nicht richtig.

# Bologna als Treiber der Studienreform

Die Zusammenarbeit von Hochschulen, Studenten, Arbeitgebern und Gewerkschaften ist der eigentliche Trumpf des Bologna-Prozesses. Hier werden die Debatten geprägt – die Regierung muss nur die passenden Rahmenbedingungen liefern

**D**er Bologna-Prozess ist neben der EU, die selbst aktiv daran teilnimmt, das wichtigste hochschulpolitische Forum in Europa. Regelmäßig finden Arbeitstreffen zu gemeinsam festgelegten Themen statt. Höhepunkt sind die Ministertreffen alle zwei Jahre mit der Unterzeichnung eines Communiqués. Das entfaltet als gemeinsame Willenserklärung der Hochschulminister aus derzeit 45 europäischen Staaten eine erhebliche Wirkung und legt für die Debatten der folgenden zwei Jahre ein Arbeitsprogramm fest. Aus Deutschland nehmen diesmal die Bildungsministerin Annette Schavan und die Kieler Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave an der Konferenz teil.

Die Communiqué-Beschlüsse werden in den einzelnen Staaten nach den dort geltenden Regeln umgesetzt. Das reicht von Gesetzen und Erlassen über Hochschulpakete, Empfehlungen und Berichte bis hin zu Veranstaltungen und purer Information. Der Einfluss der Staaten auf ihre Hochschulen ist sehr unterschiedlich ausgeprägt; der Trend geht zu einer Rücknahme des staatlichen Einflusses. Deutschland nimmt hier keine Sonderstellung ein. Es gibt Fragen, in denen der Bund mit seiner Gesetzgebung dazu beiträgt, die Bologna-Beschlüsse umzusetzen. So erleichtert beispielsweise die aktuelle BAföG-Novelle die Mobilität der Studenten vom ersten Semester an. Auch mit der Förderung des DAAD und der deutsch-französischen Hochschule mit ihren Doppelabschlüssen trägt der Bund zur Mobilität bei, die das Hauptziel des Bologna-

Prozesses ist. Das Gesetz zur Umsetzung der ausländerrechtlichen EU-Richtlinien erleichtert Staatsangehörigen aus Nicht-EU-Staaten die Aufnahme eines Studiums in Deutschland. Die Rahmenbedingungen für die neuen Studiengänge, die externe Qualitätssicherung und andere Regelun-

**Kein anderer Hochschulraum auf der Welt ist von so vielen Kulturen geprägt wie Europa. Diesen Schatz machen die Hochschul-Reformen für alle zugänglich**

gen werden von den Bundesländern gestaltet. Die praktische Umsetzung ist größtenteils Sache der Hochschulen.

An dieser Stelle kommt der Trumpf des Bologna-Prozesses zum Tragen: die Beteiligung der so genannten Stakeholder. Das sind insbesondere die Hochschulen, die Studenten, die Arbeitgeber und die Arbeitnehmervertreter. Sie treiben vielfach die Ideen voran und spielen eine wichtige Rolle bei der Verbreitung der entwickelten Vorstellungen. Sie bündeln die Willensbildung ihrer Mitglieder, diskutieren untereinander und mit den staatlichen Vertretern, informieren und nehmen erheblichen Einfluss auf die nationalen Debatten. Der Druck zur Umsetzung der Bachelor-Master-Struktur kommt daher längst von den Hochschulen selbst. Sie wollen mit anderen europäischen Universitäten zusammen arbeiten, ihren Studenten das Anschlussstudium im Ausland erleichtern und die besten Bachelors aus Europa für ihre eigenen Master-Studiengänge oder eine Promotion gewinnen.



Das so genannte Stocktaking, ein Bericht über die Fortschritte in den 45 Staaten, schafft Transparenz bei den Reformen. Außerdem hilft es bei Entscheidungen zur Anerkennung von Abschlüssen sowie zur Aufnahme von Studenten und gibt Hinweise, wie das eigene Land am großen Europäischen Hochschulraum voll partizipieren kann. Für Deutschland ist diese Integration so lebenswichtig wie selbstverständlich; entsprechend gut sind die Ergebnisse.

Handlungsbedarf hingegen besteht vor allem bei der Einführung von Bachelor und Master in den Staatsexamensfächern. Für den Bereich der Lehramtsausbildung haben die Länder einen Einstieg geschafft. Über die Umstellung der großen Fächer Rechtswissenschaft und Medizin diskutieren derzeit die zuständigen Fachminister-Konferenzen. Die Hochschulen sind indes aufgefordert, die Vergabe der Diploma Supplements und der ECTS-Kreditpunkte für absolvierte Studienleistungen zu verbessern. Ein wichtiger Fortschritt ist die Lissabon-Konvention, die in diesem Frühjahr auch von Deutschland ratifiziert wird. Sie erleichtert die wechselseitige Anerkennung von Hochschulab-

schlüssen. Damit wird Deutschland für qualifizierte Ausländer attraktiver, weil sie einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen.

Der Bologna-Prozess gehört den Akteuren an unseren Hochschulen. Deshalb werden seine Ziele auch hochschultypisch umgesetzt, also intelligent und differenziert. Die europäischen Universitäten bieten eine Studienvielfalt in den unterschiedlichsten Sprachen, kein anderer Hochschulraum auf der ganzen Welt ist von so vielen Kulturen geprägt. Diese Verschiedenheit und auch der gegenseitige Respekt sind der Schatz, den der Bologna-Prozess allen zugänglich machen will. Die Rahmenbedingungen dafür sind in Europa hervorragend.

**Peter Greisler**

leitet als Ministerialdirigent die Unterabteilung Hochschulen im Bundesministerium für Bildung und Forschung

**Fruchtbare Diskussion:  
Wie es weitergeht mit  
den Reformen, wird auch  
an den Hochschulen  
entschieden**

**Guter Durchblick**  
In den Übungs-Labors  
werden die Studenten auf  
den internationalen Arbeits-  
markt vorbereitet



Solide Praxiserfahrungen im Studium werden für Europa zum Wettbewerbsvorteil



## Reformieren mit kompetenter Beratung

Bundesweit fördern spezielle Bologna-Berater den Fortschritt bei der Uni-Modernisierung. Die Hochschulrektorenkonferenz wertet systematisch das Ergebnis aus – und lüftet dabei das Erfolgsrezept der beteiligten Hochschulen

Bei der Modernisierung ihrer Studiengänge stehen die deutschen Hochschulen nicht alleine da. Spezielle Bologna-Berater begleiten den Reformprozess an 22 Modell-Hochschulen. Seit zwei Jahren beraten sie dort und beobachten die Veränderungen. Die Ergebnisse werden systematisch von der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) ausgewertet, damit auch andere Hochschulen von den Erfahrungen profitieren können. Hinter der Initiative stehen die HRK und das Bundesbildungsministerium, die das Förderprogramm „Bologna-Berater für deutsche Hochschulen“ aufgelegt haben.

Die Ergebnisse sind eindeutig: Am besten gelingen die Reformen mit einer klaren Entscheidung der Hochschulleitung, einer übergreifenden Strategie und viel Freiraum bei der konkreten Umsetzung, begleitet durch kompetente Beratung. Grundsatzentscheidungen wie etwa für eine Rahmenprüfungsordnung, die in allen Fakultäten gilt, sind dann am wirkungsvollsten, wenn Lehrende und Verwaltungsmitarbeiter persönlich informiert und geschult werden. Die Bologna-Berater an den Modell-Hochschulen sind dabei die Ansprechpartner und sorgen gleichzeitig in einem bundesweiten Netzwerk für einen engen Erfahrungsaustausch. In der neu motivierten Debatte über Stu-

dium und Lehre liegt eine der großen Chancen des Bologna-Prozesses. Die Hochschulen begreifen sich als lernende Organisationen. Für eine wirklich nachhaltige Umstellung der Studiengänge ist eine Entschleunigung des Reformtempos wünschenswert. Auch widerspruchsfreie staatliche Vorgaben und die Umsetzung aller Bologna-Instrumente tragen zum Gelingen bei. Die Orientierung an Lernergebnissen und Kompetenzen in den Curricula sollte im Vordergrund stehen. Das Berufsbild des Bologna-Beraters etabliert sich in den Hochschulen. Die Berater sind auch an der internen Qualitätssicherung beteiligt. Für den Erfolg der Studiengänge muss auch die Betreuungrelation zwischen Studenten und Professoren verbessert werden – das aber lässt sich nur mit zusätzlichem Lehrpersonal erreichen.

### Birgit Hennecke

ist Referentin im Kompetenzzentrum Bologna bei der Hochschulrektorenkonferenz (HRK)

### Dr. Peter A. Zervakis

leitet die Projekte Kompetenzzentrum und Service-Stelle Bologna bei der Hochschulrektorenkonferenz (HRK)

→ [http://www.hrk-bologna.de/bologna/de/home/1944\\_3005.php](http://www.hrk-bologna.de/bologna/de/home/1944_3005.php)





# Bologna und die Bundesländer

Bei der Föderalismus-Reform sind weite Teile des Bologna-Prozesses in die Hand der Länder übergegangen. Rein theoretisch könnte also jede Landesregierung die Studiengänge nach eigenem Gusto umstellen – wahrscheinlich ist das aber nicht

**Spannender Wettlauf:  
Die Länder setzen wichtige Bologna-Reformen  
in Eigenregie um**

Nach der Föderalismusreform hat der Bund die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz für die Hochschulabschlüsse verteidigt. Dabei geht es darum, so hieß es in den Beratungen, „die Abschlussniveaus und die Regelstudienzeiten zu regeln“. Wenn also einzelne Länder sich dem Konvergenzdruck des Bologna-Prozesses nicht beugen wollen und etwa in manchen Fächern am Diplom festhalten, könnte der Bund eingreifen.

Allerdings können die Länder Regelungen treffen, die sich vom Bundesrecht unterscheiden. Abweichungskompetenz heißt die Konstruktion, die im Grundgesetz verankert ist. Nach einer eigenen Landesregelung könnte der Bund erneut Bundesrecht setzen, das allerdings wiederum abweichungsgefährdet wäre. Es gilt dann das jeweils zuletzt erlassene Gesetz.

Aus dieser neuen Kompetenz-Rechtslage hat der Bund die Konsequenzen gezogen und die bis-

herigen Regelungen zum Hochschulzugang sowie zu Studium und Lehre aufgehoben. Er überlässt diese Politikfelder also den Ländern. Damit ist es allerdings denkbar geworden, dass ein Land den Bachelor nicht als ersten berufsqualifizierenden Abschluss anerkennt. Wahrscheinlich ist das nicht, weil in Deutschland der politische Wille zu den Bologna-Reformen ungebrochen ist – rechtswidrig aber wäre es nicht, wenn sich ein Land widersetzt. Der Bologna-Prozess nämlich basiert nicht auf einem völkerrechtlichen Vertragsschluss, sondern nur auf dem Verständigungswillen der beteiligten Staaten.

Die Föderalismusreform hat auch weitere Konsequenzen für den Bologna-Prozess. So ist der Bund künftig nicht mehr für das Laufbahnrecht der Beamten zuständig; die Länder aber werden in diesem Bereich den Bachelor nicht allzu ernst nehmen. Der erste Abschluss dürfte dazu berechtigen, in den gehobenen Dienst einzutreten, während der Masterabschluss den Zutritt zum höheren Dienst ermöglichen wird.

Auch in der Juristenausbildung stehen Änderungen bevor. Während sie bisher im Deutschen Richtergesetz vorgezeichnet war, gewinnen jetzt die Länder die Gesetzgebungskompetenz. Es könnte also sein, dass die Juristenausbildung sich unterschiedlich entwickelt – wenngleich dieses Szenario unwahrscheinlich ist.

Die Frage der Qualitätssicherung bei den Bachelor- und Masterstudiengängen bleibt ebenfalls Sache der Landesgesetzgeber. Die Hochschulen warten dringend auf den Einstieg in die Prozessakkreditierung, um ihrer bürokratischen Überwältigung ein Stück weit zu entgehen.

**Prof. Dr. Wolfgang Löwer**  
ist Prorektor am Institut für Öffentliches  
Recht der Universität Bonn



# Freiräume besser nutzen

Die deutschen Hochschulen haben die Reformen gut umgesetzt. Ihre Gestaltungsfreiheit bei den Studiengängen nutzen sie aber zu selten. Von mutigen Schritten profitieren vor allem die Studenten

**D**ie Umsetzung des Bologna-Prozesses ist eine Jahrhundertaufgabe für die Hochschulen und hat ihre Rolle als verantwortliche Akteure deutlich gestärkt. Die staatliche Verantwortung bleibt aber weiterhin bestehen – insbesondere die Finanzierungsverantwortung. Gleichzeitig tritt eine Aufgabenteilung deutlicher hervor: Dem Staat – in Abstimmung zwischen Bund und Ländern – obliegt es, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Der tief greifenden Studienstrukturreform unterziehen sich die Hochschulen, um die akademische Lehre zukunftsfähig zu machen. Deshalb führen sie die gestuften Abschlüsse Bachelor und Master ein. Die Resultate dieser Reformarbeit sind beachtlich, offenbaren jedoch einige strategische Zukunftsaufgaben. Es geht jetzt vor allem darum, dass die Hochschulen ihren neuen Gestaltungsspielraum stärker nutzen als bisher. Das betrifft die Struktur und die Dauer der Studienprogramme sowie die Lehr- und Prüfungsformen, die weiter flexibilisiert werden können. Sinn der Reform ist und bleibt es, völlig neue Arten von Studiengängen zu entwickeln. Dafür können einzelne Fächer ihr Angebot auf dreieinhalb bis vier Jahre ausdehnen – auch entgegen dem grundsätzlich richtigen Trend zur Verkürzung. So ermöglichen sie es den Studenten, ausreichend Grundlagenwissen zu sammeln oder ihre Sprachkenntnisse im Ausland zu erweitern. Die Qualität in der Lehre wird weiter gestärkt. Bedingung für den Europäischen

Hochschulraum sind gemeinsame, überprüfbare Standards. Dafür gibt es zwei entscheidende Instrumente: Eine europaweit akzeptierte Akkreditierung durch unabhängige Agenturen und den Aufbau eines systematischen Qualitätsmanagements in den einzelnen Hochschulen.

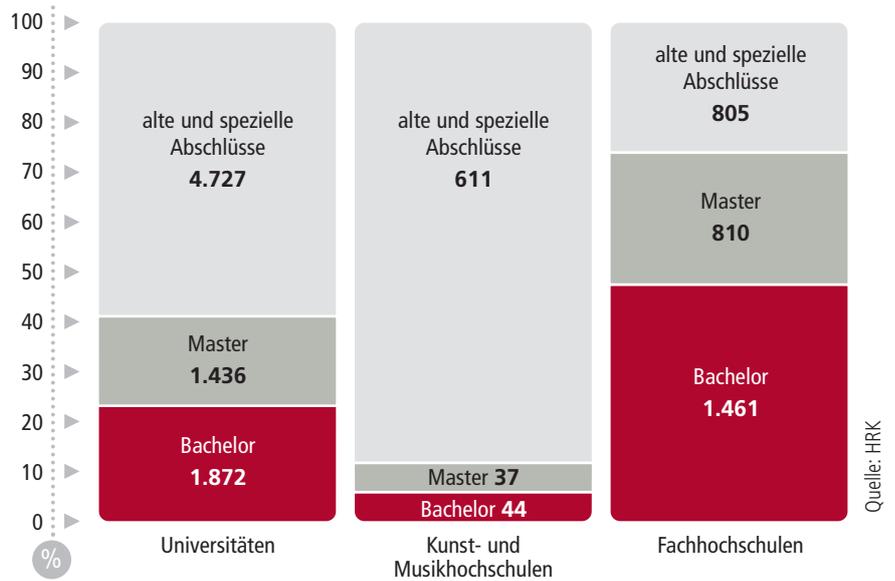
**Die Bedeutung der Qualität muss in der Lehre an erster Stelle stehen. Gemeinsame Standards sind dafür unentbehrlich**

Deshalb ist es besorgniserregend, dass sich einige Bundesländer aus dem Akkreditierungsverfahren zurückziehen wollen, das als Voraussetzung für die Anerkennung der neuen Studiengänge im In- und Ausland gilt.

Um die Qualität der Lehre in Deutschland wirklich zu verbessern, ist eine Reform des Kapazitätsrechts nötig. Dadurch lassen sich die Betreuungsrelationen zwischen Professoren und Studenten ändern. Die Einführung eines modernisierten Dienst- und Tarifrechts, das eine leistungsorientierte Bezahlung und die Flexibilisierung der Lehrverpflichtungen gestattet, ist dafür eine wichtige Voraussetzung. Außerdem sollten die neuen Studiengänge konsequent auf den Erwerb von Kompetenzen ausgerichtet sein. Das gilt besonders während der Promotionsphase, in der die eigene, unabhängige Forschung im Zentrum stehen muss. Die Akkreditierung von Promotionsprogrammen ist unnötig.

Die Mobilität in Europa wie auch innerhalb Deutschlands bleibt noch hinter den Erwartungen zurück. Viel zu wenige Stu-

## Umstellungsgrad nach Hochschultypen (Sommersemester 2007)



zenten, Forschende und Lehrende sind im Ausland unterwegs. Die Mobilitätsrate ist ein messbarer Erfolgsindikator. Das Ziel ist es, neue Verfahren für die Anerkennung von ausländischen Studienleistungen einzuführen, die auf der Gleichwertigkeit fachlicher Kompetenzen basieren. Hier sind vor allem die Hochschulen selbst in der Verantwortung. Nachholbedarf besteht bei der flächendeckenden, korrekten Verwendung des ECTS und dem Ausstellen von Diploma Supplements. Die Auslandszeiten könnten über feste Mobilitätsfenster eingeplant, ausländische Partner für eine gemeinsame Studiengangsentwicklung gewonnen werden. Wenn Mobilität gelingen soll, müssen die Studenten künftig ihre Finanzierung in den gesamten Europäischen Hochschulraum mitnehmen können; für die Lehrenden ist eine Anrechnung der Pensionsansprüche auch über die EU hinaus sehr wichtig. Handlungsbedarf besteht außerdem in der Mobilität zwischen akademischer Welt und der Berufsbildung: Der Nationale Qualifikationsrahmen muss der Forderung nach einem berufsqualifizierenden Studium Rechnung tragen, darf dabei aber nicht auf theoriebasierte Forschungs- und Methodenkompetenz für wissenschaftliche Studiengänge verzichten.

Es bleibt die Frage nach der Finanzierung der Reformen. Um die Qualität der Lehre unter wachsenden Anforderungen zu gewährleisten, brauchen die Hochschulen

auch mehr Geld. Der Hochschulpakt berücksichtigt den Mehrbedarf in Höhe von mindestens 15 Prozent für die Studienreform nicht. Da er ohnehin bereits unterfinanziert ist, wird sich das Problem in vielen Bundesländern noch erheblich verschärfen. Von der Lösung der Finanzierungsfrage wird der Erfolg der Reformen in Deutschland wesentlich mit abhängen.

**Dr. Christiane Gaegtgens**  
ist Generalsekretärin der Hochschulrektorenkonferenz (HRK)

**Das Lernen im Mittelpunkt**  
Mehr Professoren sollen sich künftig um weniger Studenten kümmern. Das ist ein wichtiger Teil der Qualitäts-Offensive



© DRS2BIZ \* 3



© Dave Gorman\*1



## Lob der Vielfalt

Zum Erfolg der Studienreform führen verschiedene Wege. Dass die europäischen Länder jeweils ihre eigenen Konzepte erproben, ist deshalb richtig – vorausgesetzt, dabei entstehen internationale Schnittstellen für den akademischen Austausch



© Leuphana Universität Lüneburg

**V**or fast acht Jahren wurde der Bologna-Prozess mit hochfliegenden Erwartungen an einen gemeinsamen Europäischen Hochschulraum ins Leben gerufen. Was wir heute feststellen ist, dass es mindestens ebenso viele Umsetzungsvarianten wie Unterzeichnerstaaten gibt. Jedes Land implementiert Bologna auf seine Weise, in manchen Staaten sogar jede Hochschule. Bologna dient dazu, jeweils andere nationale Herausforderungen zu bewältigen. Kritiker nehmen dies zum Anlass, das Bologna-Abkommen generell in Frage zu stellen: Wenn die Reformen nicht zur Erleichterung der Mobilität von Studenten und Absolventen beitragen, wenn sich die Anerkennung von Studienleistungen nicht verbessert – was ist dann der Sinn des ganzen Prozesses?

Das Spannungsfeld zwischen den Zielen von Vielfalt und Vergleichbarkeit, Autonomie und Standards, Differenzierung und Konvergenz hat von Anfang an den Kern des Bologna-Prozesses ausgemacht. Diese Spannung aufzulösen ist nicht realistisch, solange die Bildungshoheit bei den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union liegt. Es erscheint auch nicht als wünschenswert, denn die Vielfalt der Hochschulsysteme und die Autonomie der Universitäten sind Stolz und Stärke Europas – genauso wie die Verbesserung von Mobilität und Anerkennung. Was Bologna ausmacht, ist gerade die Suche nach einem Ausgleich zwischen beiden Feldern. Ergebnis eines solchen Prozesses konnte und sollte niemals die automatische und rechtlich verbrieft Anerkennung von Studienleistungen und -abschlüssen sein. Wo diese Erwartungen bestanden, basierten sie auf einem Missverständnis. Wenn Regierungen sie schürten, um Unterstützung für ihre nationalen Reformen zu erlangen, musste dies zu Frustrationen führen.



© Kirsten Verstraten\*1

Großzügigkeit als Prinzip: Die Anerkennung von Studienleistungen aus dem Ausland ist der Schlüssel zum Europäischen Hochschulraum



© Bernardo Foresti\*4

Pfiffige Ideen sind gefragt – bei der Architektur und bei den Studieninhalten

Dass jedes Land den Bologna-Prozess zur Lösung eigener Probleme nutzt, ist kein Missbrauch, sondern ein sinnvolles Vorgehen. Schließlich ist es eines der Ziele, den Europäischen Hochschulraum insgesamt attraktiver zu machen. Und dazu müssen alle an ihren jeweiligen Schwachpunkten arbeiten. Problematisch ist es allerdings, wenn dabei vermeintliche europäische Trends von Wissenschaftsministerien oder Hochschulrektorenkonferenzen benutzt werden, um bestimmte nationale Reformen zu legitimieren. Die Wahrnehmung dieser Trends nämlich ist meist selektiv, oft verzerrt und manchmal falsch. Dies fördert nicht die Konvergenz der europäischen Hochschulsysteme, sondern führt ebenfalls zu Frustrationen – gerade dann, wenn rückblickend klar wird, dass bestimmte Teile der umgesetzten Reformen gar nicht so zwingend waren, wie zuvor von der Politik suggeriert. Was hier Abhilfe schaffen kann, sind verstärkte Bemühungen darum, die Reformen in anderen Staaten wirklich zu verstehen.

Nötig ist eine Mischung aus Aufklärung und Bescheidenheit. Bologna ist nicht gescheitert, wenn die Suche nach einem sinnvollen Ausgleich zwischen Vielfalt und Gemeinsamkeit anhält. Im Gegenteil: Das Bemühen um sinnvolle Kompromisse wird uns noch jahrzehntelang begleiten, es gehört nun einmal zu Europa dazu – auch über 2010 hinaus. Mit der Umstellung auf ein gestuftes System wurde eine wichtige Schnittstelle für die Mobilität zwischen Hochschulen, Staaten und Studienfächern geschaffen. Was in Deutschland bisher das Vordiplom und die Zwischenprüfung leisteten, leistet nun der Bachelor. Er schafft aber noch mehr, da er gleichzeitig auch ein echter erster Abschluss ist und damit die Chance auf einen direkten Einstieg in den europäischen Arbeits-

schulwechsellern, mit der Vielfalt von Erfahrungen und Qualifikationen, die Studenten schon mitbringen. Gebraucht werden neue Formen der Eignungsfeststellung und mehr Initiativen für grenzüberschreitende Hochschulkooperation. Vor allem aber ist angesichts der Vielfalt von Studiengängen und Universitätssystemen in Europa mehr Großzügigkeit bei der Anerkennung wichtig, damit die Studenten nicht in die Ritzen zwischen den Systemen fallen. Die Hochschullehrer haben es in der Hand.

**Dr. Johanna Witte**

ist Projektleiterin bei CHE Consult in Gütersloh. In ihrer Doktorarbeit hat sie die Bologna-Reformen in vier europäischen Staaten verglichen

## Autonome Hochschulen und internationale Mobilität müssen kein Widerspruch sein

markt bietet. Das ist der Grundstein für ein atmendes System. Nötig ist jetzt ein neuer Umgang der Universitäten mit Interdisziplinarität, mit Fach- und Hoch-

# TÜV für neue Studiengänge

Alle Studienangebote müssen vor der ersten Vorlesung ausgiebig geprüft werden. Akkreditierung heißt das Verfahren, für das in Deutschland dezentrale Agenturen zuständig sind. Dieses System ist gut, meinen ausländische Experten – aber es kann immer noch besser werden. Zwei Ansichten von außen

## KEINE FRAGE DES PREISES

Der Begriff Akkreditierung wurde noch 1998 in keinem Land Westeuropas benutzt. Die meisten Staaten verfügten über ein gut funktionierendes System der externen Qualitätssicherung. Die Situation änderte sich jedoch mit der Bologna-Erklärung. Deutschland war das erste Land, das danach eine Akkreditierung einführte. Damit soll überprüft werden, ob neue Studiengänge den Standards entsprechen.

Die Akkreditierung in Deutschland erinnert allerdings mehr an eine Lizenzierung als an eine tatsächliche Qualitätsprüfung. Das Verfahren spielt sich ausschließlich auf dem Papier ab: Die Selbst-Evaluationsberichte der Hochschulen enthalten nur Pläne und Absichten, aber keinen konkreten Leistungsnachweis. Die Akkreditierungsagentur vertraut also darauf, dass eine Hochschule Qualität bietet – ob das tatsächlich so ist, lässt sich erst hinterher in einem Re-Akkreditierungsverfahren überprüfen.

Am deutschen System fällt auch der Wettbewerb zwischen den Akkreditierungsagenturen auf. Sie sind Konkurrenten, werben mit Größe und günstigen Preisen um ihre Kundschaft. Kann es aber wirklich einen Wettbewerb geben? Die meisten Aufgaben sind ohnehin ehrenamtlich: Die Experten in den Gutachterausschüssen bekommen kein hohes Honorar; die Mitglieder der Akkreditierungsagenturen verrichten ihre

Arbeit oft ganz ohne Bezahlung. Es ist wichtig, dass sich die Hochschulen selbst für eine Agentur entscheiden können – beispielsweise danach, ob sie länderspezifisch oder fachlich ausgerichtet ist. Die Entscheidung nach dem Preis aber ist merkwürdig: Sitzen bei einer günstigen

**Der zeitliche Druck auf die Akkreditierung wächst gewaltig. In kürzester Zeit müssen dutzende Studiengänge überprüft werden – eine Belastungsprobe für das System**

Agentur etwa weniger Fachleute in den Ausschüssen? Investiert sie weniger Zeit in das Bewertungsverfahren?

Zum Wettbewerb besteht gar kein Anlass, weil ohnehin so viel zu tun ist. Eine ganze Menge an Studienprogrammen muss akkreditiert werden, der zeitliche Druck auf die Verfahren wird wachsen. Daher hat auch der Akkreditierungsrat selbst die Diskussion über eine andere Vorgehensweise angefacht. Die Frage ist, ob ein institutioneller Ansatz dieses Problem lösen wird. Ein Ende der Diskussion ist nicht abzusehen, auch weil solch ein neuer Ansatz die Existenz der fachlich ausgerichteten Akkreditierungsagenturen gefährden würde.

**Prof. Dr. Ton Vroeijenstijn**

ist einer der Gründungsväter der Niederländischen Qualitätssicherungssysteme für die Hochschulen



## QUALITÄTSKULTUR ALS ZIEL

Die Qualitätssicherung im Hochschulbereich ist in Deutschland stark vom Interesse der Bundesländer geprägt. Unterschiedliche Akkreditierungsagenturen verrichten die Arbeit, die beispielsweise in Großbritannien eng an Regierungsprogrammen orientiert ist. In Deutschland wächst die Kritik an der dezentralen Programmakkreditierung, die vielen Beobachtern als aufwändig und wenig effizient erscheint. Eine Alternative könnte die Akkreditierung auf institutioneller Ebene sein, bei der die Hochschulen in eigener Verantwortung das Verfahren, die Umsetzung und die erreichte Leistung überprüfen.

Die schwierigste Herausforderung besteht darin, die Fachstandards auf der Studienprogrammebene zu sichern und gleichzeitig eine Qualitätskultur in der gesamten Hochschule zu entwickeln. Möglicherweise kommt es zur Verlagerung von der individuellen zur eher kollektiven Verantwortung. Die Erfahrung aus Großbritannien zeigt, dass die Voraussetzungen für ein effektives Qualitätssicherungssystem stimmen müssen, damit es sowohl innerhalb einer Hochschule als auch hochschulübergreifend eingesetzt werden kann. Zu diesen Vor-

aussetzungen zählen eine enge Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Hochschulangehörigen sowie die Einbindung der Studierenden. Außerdem sind ausgezeichnete Informationssysteme, systematische Begutachtungsverfahren und ein sachorientiertes Berichtswesen nötig – und gleichzeitig eine Belohnung für gute Lehre und effektives Lernen.

Die Feststellung, dass nationale Richtlinien sehr hilfreich sind, gehört zu den ausländischen Erfahrungen, von denen Deutschland profitieren kann. Neue institutionelle Bürokratien sollten allerdings ebenso verhindert werden wie unnötige Dokumentationen. Wichtig ist, den wissenschaftlichen Mitarbeitern auf der Fachebene zu vertrauen und sie zu unterstützen. Außerdem bedarf es ausreichender Investitionen, da es der Qualitätssicherung an Glaubwürdigkeit fehlt, wenn diese nicht mit Entwicklung und Verbesserung verbunden ist.

### Dr. Peter Findlay

ist stellvertretender Direktor der Britischen Qualitätssicherungsagentur im Hochschulbereich (QAA)



Stempel drauf!  
Die Akkreditierungsagenturen vergeben ein Gütesiegel für die neuen Studiengänge



© Sally Payne\*1

**Sorgfältige Kontrolle**  
Das Akkreditierungsverfahren stellt hohe Ansprüche an alle Studiengänge – von Ägyptologie (im Bild) bis Verfahrenstechnik

# Frischer Wind im Heiligtum

Vor einer gründlichen Studienreform schrecken viele Mediziner und Juristen zurück. Ihre Sorgen sind grundlos: Von einer Umstellung auf Bachelor und Master können auch die traditionsreichen Disziplinen profitieren



Ein Medizin-Bachelor wird keine Patienten behandeln. Sinnvolle Aufgaben gibt es für ihn dennoch genug

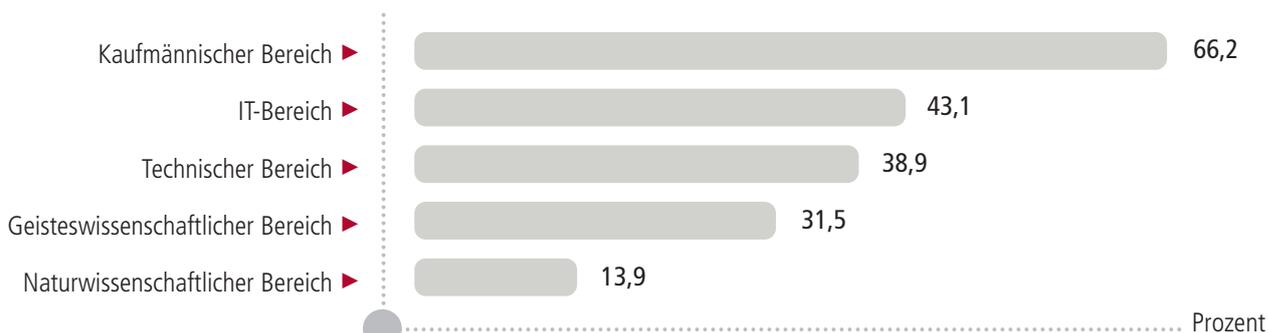
**D**ie staatlichen Abschlüsse an deutschen Hochschulen sind bisher von der Bologna-Reform weitgehend ausgenommen. Die Staatsexamens-Studiengänge vom Lehramt über die Rechtswissenschaft bis hin zur Medizin unterliegen zahlreichen Sonderregelungen. Je weiter der Bologna-Prozess voranschreitet, desto deutlicher wird die Kritik daran: Der Staat, der alle anderen Fächer zur Umstellung anhält, geht ausgerechnet dort einen Sonderweg, wo er selbst die Regelungskompetenz besitzt.

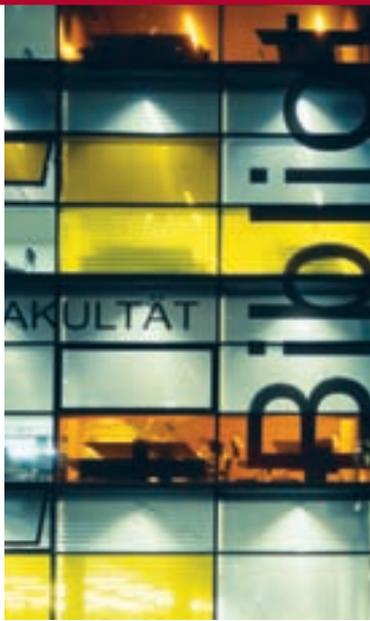
Für das Lehramt sieht zwar die Mehrheit der Bundesländer eine Umstellung auf Bachelor und Master vor, hier sollen aber auch weiterhin spezielle Bedingungen gelten. Zudem wird der Master zum berufsqualifizierenden Abschluss, der Bachelor alleine befähigt nicht zur Lehrtätigkeit.

Für die Juristenausbildung haben die zuständigen Minister ein gestuftes Studienmodell bislang abgelehnt. Jetzt zeichnet sich aber langsam Bewegung ab: So hat Nordrhein-Westfalens Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter auf die Chancen hingewiesen, die eine Reform bieten könne. Dieser Sichtweise hat sich mittlerweile auch die Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK) angeschlossen.

Tatsächlich spricht die Situation auf dem Arbeitsmarkt für eine Reform. Insgesamt sind die Berufsaussichten für Juristen heute schlecht, nur noch rund jeder zehnte Assessor wird von der Justiz und der öffentlichen Verwaltung übernommen. Der Rest strebt in die Anwaltschaft, wo sich die Zulassungen in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt haben.

## Wo der Bachelor zum Regelabschluss wird





## Trübe Berufsaussichten als Denkanstoß: Ein umgestelltes Studium eröffnet neue Perspektiven für Juristen



Gelungene Kombination aus Tradition und Moderne: Die Uni-Bibliotheken in Hamburg (links ) und Heidelberg (rechts)

Wenn das Bachelor-Studium praxisnah gestaltet wird, dürften sich im Versicherungs- und Bankwesen sowie in Wirtschaft und Verwaltung geeignete Stellen für die Absolventen herausbilden – der bereits etablierte Wirtschaftsjuristen-Studiengang an den Fachhochschulen zeigt das. Dieser Weg erscheint insbesondere für die Studenten reizvoll, die von Anfang an keinen der reglementierten juristischen Berufe anstreben. Sie werden sinnlos durch eine siebenjährige Ausbildung getrieben. Für die künftigen Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte oder Notare hingegen ist das Masterstudium mit anschließendem Vorbereitungsdienst und Staatsexamen der Garant für eine qualitativ hochwertige Ausbildung. In der Medizin ist die Ablehnung des Bologna-Prozesses ebenfalls deutlich zu spüren. Die zuständigen Ministerien, die ständischen Interessenvertretungen und die Berufsverbände argumentieren dabei auf zwei Ebenen. Zum einen sei mit der Änderung der ärztlichen Approbationsordnung im Jahre 2003 bereits eine umfassende Reform des Medizinstudiums durchgeführt worden. Zum anderen sei ein Bachelor in der Medizin nicht berufsqualifizierend. Außerdem seien die weiteren Ziele des Bologna-Prozesses wie etwa die Anerkennung der Abschlüsse bereits über EU-Richtlinien geregelt.

Ganz so eindeutig ist die Lage nicht. Eine Berufsqualifizierung für den Bachelor in der Medizin ist zwar tatsächlich nicht gegeben – zumindest nicht für den Arztberuf. Der Bachelor nähme vielmehr eine Scharnierfunktion ein: Danach könnten sich die Studenten für einen Master entscheiden, der sie zum Arzt qualifiziert, oder für einen alternativen Master, der sie auf eine Tätigkeit im Gesundheitsmanagement oder in der pharmazeutischen Industrie vorbereitet. Denn unbestreitbar ist, dass viele Absolventen nach ihrem Abschluss nicht ärzt-

eine Umstellung der tatsächlich recht unterschiedlichen Staatsexamina auf die Bachelor- und Masterstruktur zu erzwingen. Das Ziel besteht vielmehr darin, über spezifische Regelungen eine Angleichung an andere Fächergruppen zu erreichen. Das Gebot der Stunde ist es, fachspezifische Sonderregeln zu erarbeiten – und nicht etwa, eine Pauschalausnahme aufrecht zu erhalten. Die „babylonische Gefangenschaft der Staatsexamina“, wie es die HRK einmal formuliert hat, muss in diesen Disziplinen zu einem Ende kommen.

## Gutes Beispiel gefragt: Bei den Staatsexamina könnte sich der Bund als Vorreiter bei den Reformen präsentieren

lich tätig werden. Gerade angesichts der Kosten eines Medizinstudiums für die Allgemeinheit stellt sich die Frage, ob man dieser Gruppe nicht sinnvolle Alternativen anbieten kann. Auch die vermeintliche Anerkennung nach EU-Recht erweist sich als Scheinargument. Sie gilt nämlich lediglich für Abschlüsse, nicht aber für Teile des Studiums, wie es der Bologna-Prozess vorsieht.

Auf Dauer erscheint es wenig sinnvoll, die komplette Abkopplung zweier großer Studiengänge in Deutschland von einer umfassenden Studienreform fortzuschreiben. Es kann nicht darum gehen,

### Stefan Bienefeld

ist Projektleiter bei der Hochschulrektorenkonferenz (HRK)

### Patrick A. Neuhaus

ist Referent im Kompetenzzentrum Bologna bei der Hochschulrektorenkonferenz (HRK)

## Gute Balance

Jedes Land hat seine eigenen Hochschul-Abschlüsse. Um sie vergleichen zu können, ist eine gemeinsame Maßeinheit gefragt. Der Qualifikationsrahmen übernimmt diese Aufgabe – und sorgt für Transparenz in ganz Europa

**M**obilität in Europa ist deshalb nicht einfach, weil sich die nationalen Hochschulsysteme und die Abschlüsse stark unterscheiden. Das ist auch ein Ausgangspunkt des Bologna-Prozesses. Qualifikationsrahmen sollen helfen, die Systeme transparenter zu machen. Sie beschreiben relativ abstrakt eine Hierarchie von Qualifikationsniveaus, in die dann einzelne Abschlüsse eingeordnet werden. Auf diese Weise wird ihr Verhältnis zueinander deutlicher.

Einen solchen Rahmen haben die europäischen Bildungsminister im Jahr 2005 beschlossen. Darin werden drei Niveaus anhand der erforderlichen Kompetenzen und des Studienumfangs festgelegt. Die beteiligten Staaten können ihre Abschlüsse zuordnen und darüber mit ausländischen Standards vergleichen. Ein deutscher Bachelor beispielsweise wäre ebenso dem *First Cycle*-Niveau zuzuordnen wie eine französische *Licence*.

Der „Qualifikationsrahmen für Lebenslanges Lernen“ (EQF), für den die Europäische Kommission im vergangenen Jahr einen Vorschlag vorgelegt hat, ist noch ambitionierter. Er möchte für alle Bildungsbereiche einen solchen Referenzrahmen liefern – von der Grundschule bis hin zur Promotion. Auch er begreift sich als *Meta-Qualifikationsrahmen*. Das heißt, dass ein Staat seinen nationalen Rahmen für das gesamte Bildungssystem neben den EQF legt und seine Niveaus entsprechend zuordnet. Wenn nun mehrere Länder so vorgehen, können sie über die Brücke des EQF

nachvollziehen, welche ausländischen Abschlüsse mit ihren eigenen vergleichbar sind.

Was zunächst sehr abstrakt und umständlich wirkt, kann tatsächlich einen wichtigen Beitrag zur besseren Mobilität

### Wie viel wiegt ein Master, wie viel ein Bachelor? Auf einer neuen Skala lässt sich das europaweit vergleichen

von Schülern und Studenten leisten. Gerade bei der Anrechnung von ausländischen Studienleistungen erleichtert der gemeinsame Qualifikationsrahmen die Einschätzung. Alle Fragen beantwortet er aber nicht: Ob die vermittelten Kompetenzen etwa forschungs- oder anwendungsbezogen sind, geht daraus nicht hervor. Außerdem müssen die im Ausland erworbenen Qualifikationen natürlich auch fachlich zur heimatischen Ausbildung passen. Diese Prüfung wird nicht ersetzt, denn Qualifikationsrahmen beschreiben die Abschlussniveaus unabhängig vom Fach. Wunder darf man vom EQF also nicht erwarten – eine wichtige Unterstützung aber schon.

**Jan Rathjen**

ist Referatsleiter bei der Hochschulrektorenkonferenz (HRK)





**Gemeinsames Ziel**  
Ein europäischer  
Konsens über das  
Hochschul-Niveau  
erleichtert das  
Studium im Ausland

© Emily's 11



# Spielraum für die Kreativität

Die Debatte um einen Qualifikationsrahmen für die Studiengänge ist weniger trocken, als sie zunächst wirkt – und sie bietet große Chancen: Die Hochschulen können ihre Lehre exakt auf den tatsächlichen Bedarf zuschneiden

**N**ationale Qualifikationsrahmen sind eine der Prioritäten im Bologna-Prozess. Sie basieren auf dem Europäischen Qualifikationsrahmen für den Hochschulbereich. Darin wird das Wissen und Können beschrieben, das die Studenten am Ende einer Lernstufe erreicht haben. Drei solcher Stufen sind derzeit vorgesehen: Bachelor, Master und Doktorat. Die Qualifikationsrahmen dienen als Übersetzungsinstrument, das die Transparenz zwischen verschiedenen Bildungssystemen herstellt und dank der genauen Beschreibung der Lernergebnisse mit hilft, neue Studienprogramme zu entwickeln.

Deutschland legte auf der Bergen-Konferenz 2005 einen nationalen Qualifikationsrahmen für das hiesige Hochschulwesen vor. Aus Zeitgründen war es bei der Entwicklung des Rahmens allerdings nur bedingt möglich, die Beteiligten mit einzubeziehen. Bevor aus dem derzeitigen Hochschulrahmen ein umfassender nationaler Qualifikationsrahmen werden kann, ist zu prüfen, ob für alle Bildungs- und Ausbildungsformen die gleichen Kriterien verwendet werden können. Um zu einer Vereinbarung zu kommen, müssen alle beteiligten Gruppen in den Entwicklungsprozess eingebunden werden – Lernende ebenso wie die Vertreter von Bildungsinstitutionen und Organisationen der Wissenschaft.

Der deutsche Qualifikationsrahmen für den Hochschulbereich basiert auf den Kompetenzdimensionen Wissen und Kö-

nnen und untergliedert sie in Wissensverbreiterung, Wissensvertiefung, Wissenserschließung und Wissensentwicklung. Umgesetzt wurde dieser Rahmen bisher kaum. Zwar gab es vereinzelte themenspezifische Konferenzen, allerdings haben sich Akkreditierungsrat und Akkreditierungsagenturen erst jetzt darauf verständigt, dass die an den Hochschulen entwickelten Studiengänge künftig dem

**Die Rahmen geben vor, was ein Absolvent beherrschen muss. Das sorgt für Transparenz und Offenheit im Studium**

deutschen Qualifikationsrahmen entsprechen sollen. Um den Umsetzungsprozess erfolgreich zu gestalten, müssen sich die Vorteile für alle Beteiligten erschließen. Vor allem ist dabei deutlich zu machen, dass der Qualifikationsrahmen keine versteckte Musterprüfungsordnung ist. Als Metarahmen unterstellt er hypothetische Entwicklungen der Kompetenzdimensionen (vertikal), die durch die Bündelung von überprüfbaren Lernergebnissen eine Zuordnung von nationalen Qualifikationen (horizontal) erlauben soll. Diese gebündelten Lernergebnisse können als Standards verstanden werden.

Der „Europäische Qualifikationsrahmen für Lebensbegleitendes Lernen“ schreibt den einzelnen Staaten nicht vor, wie viele Kompetenzdimensionen ein nationaler Qualifikationsrahmen haben sollte. Bei der Entwicklung eines deutschen Rahmens ist also zu prüfen, welche Kriterien und wieviele Stufen benötigt werden, um das Bildungssystem beschreiben zu können.



Freiraum im Studium: Der Qualifikationsrahmen gibt den Hochschulen mehr Luft für individuelle Angebote

Der Referenzrahmen strebt keinerlei Standardisierung von Studiengängen an, sondern fördert die Kreativität. Er lädt gerade dazu ein, eine Vielzahl von Studiengängen entsprechend der verschiedenen Vorstellungen und Ansprüche zu erarbeiten. Jeder Abschluss stellt für sich ein Ganzes dar, die Absolventen auf der jeweiligen Stufe können also in den Arbeitsmarkt eintreten. In Deutschland wird es allerdings oft als Normalfall missverstanden, dass die Masterstufe konsekutiv auf den Bachelorabschluss folgt.

Der Bachelor-Absolvent ist grundsätzlich ein Generalist, der sich nur begrenzt vertieftes Wissen und Können erworben haben kann. Anders der Masterabsolvent: Auf dieser Ebene gibt es zwei eigenständige Profile – den Spezialisten

und den Generalisten. Kriterium der Unterscheidung ist der erste Studienabschluss, der beim Spezialisten auf eine Disziplin bezogen und beim Generalisten in einem beliebigen Wissenschaftsgebiet erfolgte. Das macht eine jeweils andere Zielorientierung des Lernenden deutlich. Der MBA-Absolvent ist ein Generalist mit mindestens zweijähriger Berufserfahrung. Von einem promovierten Absolventen wird erwartet, dass er sein Spezialgebiet durch intensive Forschung weiter entwickelt und die Ergebnisse kritisch hinterfragt.

**Prof. Volker Gehmlich**  
lehrt Betriebswirtschaftslehre an der  
Fachhochschule Osnabrück

## **Bio-Bachelor im Laboreinsatz** Schon der erste Abschluss soll fit machen für den Arbeitsmarkt



Was die Absolventen im Studium lernen, lässt sich schon bald im Qualifikationsrahmen nachlesen

# Transparenz für alle

Als erstes Studienfach hat Soziale Arbeit einen Qualifikationsrahmen verabschiedet. Was im Studium vermittelt wird, können seither alle klar sehen – angehende Studenten ebenso wie künftige Arbeitgeber

**D**as Praxisfeld der Sozialen Arbeit ist enorm breit. Sozialarbeiter sind in der Bewährungshilfe tätig, arbeiten im Krankenhaus, sie begleiten Kinder oder betreuen alte Menschen, reden mit Obdachlosen oder schulen Personal von Unternehmen. Sie sind Experten der sozialen Friedenssicherung und tragen eine große Verantwortung. Die Anforderungen für diesen Beruf sind entsprechend vielfältig: Zunehmend müssen die Absolventen unternehmerische Qualitäten zeigen, und auch darüber hinaus wird das Arbeitsfeld durch weitere Entwicklung und Forschung immer bedeutender. Im Qualifikationsrahmen Soziale Arbeit spielen praxisbezogene und wissenschaftliche Qualifikation zusammen – nicht als Gegensatz, sondern als notwendige Ergänzung. Der Rahmen umreißt das Profil, das erfolgreiche Absolventen von Studiengängen der Sozialen Arbeit haben müssen. Er folgt dabei einem kompetenztheoretischen Bildungs- und Qualifikationsbegriff. Das heißt, dass die Absolventen auch auf zukünftige Anforderungen im Arbeitsfeld vorbereitet werden, die derzeit noch nicht genau beschreibbar sind. Die konkrete Formulierung der spezifischen Profile bleibt den Hochschulen überlassen. Der Qualifikationsrahmen gibt den Mindestumfang an Fertigkeiten vor, die mit den Bachelor- und Masterabschlüssen erworben werden. Er trifft keine inhaltliche Festlegung und stellt keine endgültige und vollständige Liste einzelner professioneller Kompetenzen vor, sondern

lenkt die Aufmerksamkeit auf die Fragestellung: Womit – inhaltlich und didaktisch – garantieren die Anbieter von Studiengängen die erfolgreiche Vermittlung von Qualifikationen? Somit ist er für Arbeitgeber, Studenten und Studiengangsentwickler gleichermaßen als Bezugspunkt geeignet. In der Praxis ermöglicht er eine Unterscheidung zwischen Bachelor und Master und erleichtert damit die Entscheidung, auf welchem Level der Eintritt ins Berufsleben erfolgen soll.

**Experten für den sozialen Frieden werden überall gebraucht – gerade deshalb ist ein klares Studienprofil nötig**

#### Prof. Dr. Ulrich Bartosch

lehrt an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt und ist Vorsitzender des Fachbereichstags Soziale Arbeit

#### Anita Maile

ist Bologna-Beraterin der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) an der Fachhochschule Frankfurt/Main

#### Christine Speth

ist wissenschaftliche Projektmitarbeiterin an der Fakultät Soziale Arbeit der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt



© ddp

**Durchboxen im Beruf:** Ob Jugend-Sozialarbeit oder Teddyklinik für Kinder, das Fach Soziale Arbeit bereitet darauf vor. Dank Qualifikationsrahmen wissen die Studenten schon früh, was auf sie wartet



© Caro / Teich

# Offene Türen für den Bachelor

Die Arbeitgeber stehen hinter der Studienreform. Gezielt werben sie um Absolventen mit den neuen Abschlüssen. Besonders hoch im Kurs stehen Praxisnähe und Internationalität



Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) gehörte von Beginn an zu den Befürwortern des Bologna-Prozesses. Die BDA begleitet die Umstellung auf die gestufte Studienstruktur mit vielen Aktivitäten – von der Information in den Unternehmen über die Mitwirkung in Gremien wie etwa dem Akkreditierungsrat bis hin zum klaren Bekenntnis, den Einstieg von Bachelor-Absolventen in die Wirtschaft gezielt zu fördern.

Mit den Erklärungen „Bachelor Welcome!“ aus dem Jahr 2004 und „More Bachelors and Masters Welcome!“ aus dem vergangenen Jahr sind viele namhafte Unternehmen aus fast allen Branchen weitreichende Verpflichtungen eingegangen. Dazu gehört es, Praktikumsplätze anzubieten, dem akademischen Nachwuchs berufliche Orientierungshilfen zu geben und sich in Hochschulgremien zu engagieren. Damit haben die Arbeitgeber ein deutliches Signal an Studenten und Hochschulen gesendet.

Der Erfolg kann sich sehen lassen: Heute suchen Unternehmensvertreter gezielt Bachelor-Absolventen für zahlreiche Positionen. Der Bachelor gilt in den Firmen als vollwertiger Abschluss. Die Absolventen werden geschätzt, weil sie eine wis-

senschaftliche und zugleich praxisnahe Ausbildung haben und zudem deutlich jünger sind als ihre Kommilitonen mit den alten Abschlüssen. Dadurch können sie schnell in Unternehmensabläufe eingebunden werden. Ein weiterer Pluspunkt sind die Schlüsselkompetenzen, die sie während ihres Studiums erwerben. Hinzu kommen in vielen Fällen Interdisziplinarität und Internationalität. Dies alles stärkt die Beschäftigungsfähigkeit der Studenten.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die Akzeptanz der neuen Abschlüsse keineswegs auf die Global Player beschränkt ist: 60 Prozent der Bachelor-Absolventen sind nach einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft in Betrieben mit weniger als 100 Mitarbeitern beschäftigt.

Wichtig für die Akzeptanz am Arbeitsmarkt ist, dass die Hochschulen ihre neuen Studiengänge inhaltlich und qualitativ überzeugend ausrichten – eine schlichte Umetikettierung des Vordiploms in einen Bachelor darf es nicht geben. In die Konzeption der neuen Studiengänge sollten Unternehmensvertreter intensiv einbezogen werden. Durch Austausch und Kooperation wird das Vertrauen in die umgestellten Studiengänge bei Unternehmen wie auch bei Hochschulen weiter gestärkt.

**Dr. Dieter Hundt**

ist Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)



**Freiräume  
bewahren: Der  
Bachelor darf kein  
einschnürendes  
Gerüst werden**



Eine glaubwürdige Kooperation aus Hörsaal und Praxis kommt in der Wirtschaft am besten an

## Der Beruf im Mittelpunkt

Die neuen Studiengänge müssen die Balance zwischen Wissenschaft und Praxis finden. Darin liegt kein Widerspruch – ganz im Gegenteil: Erst durch eine gelungene Verzahnung werden die Studenten fit für den Arbeitsmarkt

Für die Gewerkschaften ist die Einführung der neuen gestuften Studiengänge kein Selbstzweck. Sie versprechen sich von der Strukturreform eine Verbesserung der Qualität des Studiums und größere Chancen der Absolventen, einen guten Arbeitsplatz zu finden. Ein wichtiger Aspekt dabei ist, die Berufsfähigkeit der Studenten zu verbessern. Die Gewerkschaften fordern, dass dieses Ziel für jeden Bachelor-Studiengang nachgewiesen wird.

Was die Berufsbefähigung ausmacht, kann nicht einfach angeordnet werden – weder von der Kultusbürokratie noch von den wissenschaftlichen Fachvertretern. Studienreform und Qualitätssicherung müssen als Prozesse organisiert werden, an denen sowohl die Studenten als auch die Gewerkschaften beteiligt sind und ihre spezifischen Perspektiven geltend machen können.

Berufsbefähigung darf nicht auf die Vorstellung reduziert werden, ein Studium

müsse in erster Linie beruflich verwertbare Fertigkeiten vermitteln. Umgekehrt würden die Hochschulen ihren Aufgaben nicht gerecht, wenn sie losgelöst von beruflichen Anforderungen einen zweckfreien Wissenskanon vermitteln wollten. Ein Studium ist gerade dann berufsbefähigend, wenn es einerseits auf die berufliche und gesellschaftliche Praxis Bezug nimmt und andererseits die Studenten dafür qualifiziert, diese Praxis auf wissenschaftlicher Grundlage zu reflektieren.

Die Fachdisziplinen müssen sich endlich systematisch mit ihren Berufsfeldern auseinandersetzen und sie zum Gegenstand der Forschung machen. Erst auf dieser Grundlage können sie ihre Curricula auf die Kompetenzen beziehen, die für die Berufsausübung erforderlich sind. Die Studiengänge sollten einerseits praxisorientierter werden und stärker auf eine Projekt- und Problemorientierung fokussiert sein; andererseits sollten sie die Studenten durch forschendes Lernen früh an die eigenständige wissenschaftliche Arbeit heranführen.

Dass ausgerechnet den neuen Bachelor-Studiengängen häufig Praxissemester und Freiräume für selbst organisiertes Studium zum Opfer fallen, ist alarmierend. Es ist deshalb im Einzelnen sehr genau zu prüfen, ob die Berufsfähigkeit schon in sechs Semestern vermittelt werden kann oder ob dafür sieben oder acht Semester erforderlich sind.

### Dr. Andreas Keller

leitet den Vorstandsbereich Hochschule und Forschung beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)



Learning by doing ist in den technischen Berufen elementar. Ein straffer Lehrplan kann diese Form der Praxis nicht ersetzen

## Stabile Brücke zur Wirtschaft

Viele Ingenieure sind während ihrer Promotion schon bei einer Firma angestellt. Eine Verschulung des Doktorats wäre ein Bruch mit dieser Tradition – für die Technischen Universitäten und die betroffenen Unternehmen ein Fiasko

Der Bologna-Prozess sieht vor, die Promotion zukünftig als dritte Stufe innerhalb der Studentenausbildung zu etablieren. Sie wäre damit nach dem Bachelor und dem Master eine weitere Ebene im universitären Ausbildungsprozess. Für die Ingenieur- und Naturwissenschaften wäre das ein Rückschritt mit Qualitätsverlust, wenn nicht sogar eine Katastrophe.

Die Promotion in den Ingenieur- und Naturwissenschaften versteht sich als Anerkennung einer wissenschaftlichen Leistung. Sie ist das Ergebnis eigenverantwortlicher Forschertätigkeit, während der die Doktoranden meist als wissenschaftliche Mitarbeiter an einer Forschungseinrichtung angestellt sind. Die Promotion ist also bereits eine berufliche Tätigkeit. Grundsätzlich ist die Weiterentwicklung der Promotion begrüßenswert. Zu einer Verschulung des Doktorats im Bereich der Ingenieur- und Naturwissenschaften darf es aber nicht kommen.

Promovenden entwickeln wichtige Kompetenzen insbesondere durch learning by doing. Dazu gehört, über bestehende Grenzen des technologischen Wissens hinauszugehen, wissenschaftliche Probleme zu kommunizieren oder ein Forscherteam zu führen. Alle diese Fähigkeiten lassen sich nicht per Stundenplan-

Verordnung lernen, sie müssen durch training on the job erfahren werden.

Die Zusammenarbeit mit der Industrie ist ein weiterer Aspekt, der in den Ingenieur- und Naturwissenschaften gegen eine vorgegebene Struktur der Doktorandenausbildung spricht. Zahlreiche Promovenden sind bereits in Firmen angestellt. Wie soll sich der Mitarbeiter eines Industrieunternehmens in vorgegebene Studienpläne integrieren? Sollte die Verschulung der Promotion kommen, wird die Wirtschaft aus der Doktorandenausbildung aussteigen – ein Fiasko für die Technischen Universitäten und für die deutsche Wirtschaft.

Deshalb fordert die TU9 – ein Zusammenschluss von neun traditionsreichen Technischen Hochschulen –, das erfolgreiche Modell der Ingenieurs-Promotion fortzuführen und weiterzuentwickeln.

### Prof. Dr. Horst Hippler

ist Rektor der Universität Fridericiana zu Karlsruhe (TH) und Präsident der TU9



**Akkreditierung:** Sie ist ein Instrument zur Qualitätssicherung. Jeder neue Studiengang muss in Deutschland von unabhängigen Experten geprüft und genehmigt werden. Bei der Prozessakkreditierung handelt es sich um eine Qualitätssteuerung, für die die Hochschulen selbst verantwortlich sind. Statt jeden einzelnen Studiengang von einer externen Agentur zertifizieren lassen zu müssen, überprüfen die Hochschulen selbst die internen Abläufe nach festgelegten Kriterien.

**Beschäftigungsfähigkeit:** In den → gestuften Studiengängen sollen die Absolventen besser als bisher auf ihr späteres Berufsleben vorbereitet werden. Möglich wird das unter anderem durch die Einbindung von Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbänden in die Studienreform und die konsequente Kompetenzorientierung in den Curricula. Als berufsqualifizierend gelten sowohl die Bachelor- als auch die Masterstudiengänge.

**Bologna-Prozess:** 1999 unterzeichneten die europäischen Bildungsminister in Bologna eine Erklärung, in der sie sich auf die Schaffung des → Europäischen Hochschulraumes (EHR) einigten. Die Umsetzungsphase bis zum Jahr 2010 wird als Bologna-Prozess bezeichnet. Inzwischen sind 45 Staaten beteiligt, darunter alle 25 EU-Länder. Die zentralen Ziele: Förderung der Mobilität von Studenten, Absolventen und Lehrenden durch Austausch-Programme, Kooperationen und einheitliche Studienabschlüsse, Stärkung der europäischen Hochschulen in der internationalen Konkurrenz, unter anderem durch eine qualitätsorientierte → Akkreditierung und Ausbau der → Beschäftigungsfähigkeit von Absolventen.

**Diploma Supplement:** Dieses Dokument ist eine europaweit standardisierte Erläuterung zu Abschlusszeugnissen und damit verbundenen Qualifikationen im Hochschulbereich. Es soll die Bewertung und Einstufung von akademischen Abschlüssen sowohl für Studien- als auch für Berufszwecke im Ausland erleichtern. Das Diploma Supplement soll ab 2005 allen Studenten von den Hochschulen automatisch und gebührenfrei ausgestellt werden.

**ECTS:** European Credit Transfer System, auch Kreditpunkte-System genannt. Dahinter steht das Bemühen, die Studiengänge an allen Hochschulen im → Europäischen Hochschulraum vergleichbar zu gestalten. Leistungspunkte werden allen Komponenten eines Studiengangs zugeteilt, also beispielsweise Kursen, Praktika und Abschlussarbeiten. Sie bilden die tatsächliche Arbeitsbelastung der Studenten ab. Beim Hochschulwechsel erleichtert dies die Anrechnung der Studienleistungen.

**Europäischer Hochschulraum (EHR):** Dazu gehören bisher die 45 Länder, die am → Bologna-Prozess teilnehmen (Montenegro wird als 46. Staat beitreten). Innerhalb dieses Hochschulraumes sollen für Studenten, Absolventen und Lehrende bürokratische Hürden abgebaut und die Mobilität erhöht werden. Möglich machen das unter anderem eine vergleichbare Studienstruktur mit → ECTS-Punkten und die → Diploma Supplements. Der eigenständige Charakter der nationalen Bildungs- und Studiensysteme soll im EHR bestehen bleiben.

**Gestufte Studiengänge:** Im Zuge der Studienreform werden die Studiengänge in Deutschland nach und nach auf Bachelor und Master umgestellt. Die neue Struktur unterteilt das Studium in drei Zyklen, die jeweils berufsqualifizierend sind. Den ersten Zyklus bildet der Bachelor-Abschluss, gefolgt vom Master. Die Promotionsstudiengänge werden als dritter Zyklus bezeichnet.

**Qualifikationsrahmen:** Sie beschreiben die Kompetenzen, die ein Lernender beim Abschluss eines Studienabschnitts erworben haben soll. Der Europäische Qualifikationsrahmen etwa ist eine Art Maßeinheit, mit der sich das Niveau von Hochschulabschlüssen aus unterschiedlichen Ländern vergleichen lässt. Auf der Ebene der einzelnen Hochschulen wird für jeden Studiengang ein eigener Qualifikationsrahmen festgelegt, der ganz konkret das Wissen und die Fertigkeiten benennt, die alle Teilnehmer am Ende erworben haben müssen.

## DIE AUTOREN



Prof. Dr.  
Ulrich Bartosch



Stefan Bienefeld



Dr. Stephan Bieri



Dr. Christian Bode



Ján Figel'



Dr. Peter Findlay



Prof. Hans R. Friedrich



Dr. Christiane  
Gaetgens



Prof. Volker Gehmlich



Peter Greisler



Dr. Michael Harms



Dr. Christoph Heine



Dr. Birger Hendriks



Birgit Hennecke



Prof. Dr. Horst Hippler



Dr. Dieter Hundt



Dr. Andreas Keller



Prof. Dr.  
Wolfgang Löwer



Anita Maile



Achim Meyer  
auf der Heyde



Elke Michauk



Peter Müßig-Trapp



Patrick A. Neuhaus



Jan Rathjen



Dr. Sybille Reichert



Dr. Ulrich Schreiterer



Christine Speth



Prof. Dr.  
Ton Vroeijenstijn



Jan-Martin Wiarda



Lesley Wilson



Prof. Dr.  
Georg Winckler



Prof. Dr.  
Margret Wintermantel



Dr. Johanna Witte



Dr. Peter A. Zervakis

# Impressum

Fit für die Welt  
Die deutschen Hochschulen auf dem Weg  
zum Europäischen Hochschulraum

HRK Service-Stelle Bologna

**Herausgegeben von der Hochschulrektorenkonferenz**

Ahrstraße 39, 53175 Bonn  
Tel.: 0228/ 887-0, Telefax: 0228/ 887-110  
bologna@hrk.de, www.hrk-bologna.de

**Verantwortlich:**

Dr. Ulrich Meyer-Doeringhaus, Dr. Peter A. Zervakis

**Redaktion:**

Dr. Peter A. Zervakis (Leitung), Kilian Kirchgeßner

**Bildredaktion, visuelle Konzeption, Gestaltung, Illustration:**

ve7-werbeagentur, www.ve7.de

Bonn, Mai 2007

1. Auflage

ISBN 3-938738-40-5

Nachdruck und Verwendung in elektronischen Systemen - auch auszugsweise - nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Hochschulrektorenkonferenz.

Die HRK übernimmt keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit der bereitgestellten Informationen der abgedruckten Texte.

Reprinting and use in electronic systems of this document or extracts from it are subject to the prior written approval of the German Rectors' Conference.

The German Rectors' Conference does not guarantee the topicality, accuracy and completeness of the printed documents.

Creative Commons: \*1  \*2  \*3  \*4 



GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung

**Bestellen Sie die Druckversion  
kostenlos unter: [bologna@hrk.de](mailto:bologna@hrk.de)**